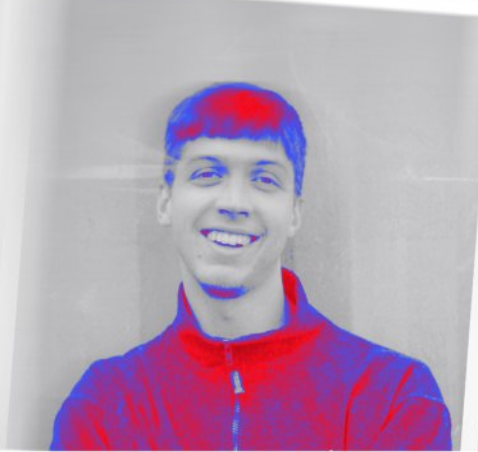




DPA / PICTURE ALLIANCE

EDITORIAL.....	1
EIN GRÜßWORT VOM DGB KÖLN.....	3
AUFRICHTEN FÜR SOZIALE UND KULTURELLE EMANZIPATION!.....	4
VA: KAMPFZONE SOZIALSTAAT.....	7
VA: LERNEN UM ZU VERÄNDERN: KRITISCHE EINFÜHRUNGSWOCHEN.....	7
VA: WARUM LOHNDARBEIT SPALTET - UND WIE ES ANDERS GEHT.....	7
ENTWICKLUNGS- STATT ABSICHERUNGSORIENTIERT STUDIEREN:PRÜFUNGSVERSUCHSBESCHRÄNKUNGEN ABSCHAFFEN!.....	8
VA: STUDIENREFORM TAG.....	9
FÜR STRIKT ZIVILE WISSENSCHAFT UND VORBEHALTLOS WELTOFFENE HOCHSCHULEN!.....	10
VA: DISKUSSION MIT INGAR SOLTY.....	11
QUO VADIS ZUVILKLAUSEL?!.....	12
WAS KOMMT NACH WIDERSETZEN?.....	14
UNI-GESCHICHTE: WER WAR JENNY GUSYK?.....	15
"ZUSAMMEN GEHT MEHR!" - AUS DEM SHK-RAT.....	16
NACHDRUCK: FREIHEIT UND VERANTWORTUNG DER WISSENSCHAFT.....	18
DER AK KRITISCHES LEHRAMT STELLT SICH VOR.....	20
STELLUNGNAHME DER PHIL-FAK GEGEN HOCHSCHULKÜRZUNGEN.....	21
INTERNATIONALER AUSTAUSCH UND DIE GLOBALE VERANTWORTUNG DER UNIVERSITÄT.....	22
MITMISCHEN.....	24
DIE UNI VOM KOPF AUF DIE FÜßE STELLEN! - ZUR RETTUNG DER DISABILITY STUDIES.....	26
VA: BUCHCLUB.....	27
VA: FESTIVAL CONTRE LE RACISME.....	28
VA: KOSTENLOSE ASTA-MUSEUMSBESUCHE.....	30
DIE AUTONOMEN REFERATE.....	32
ASTA SERVICE-ANGEBOTE.....	36
IMPRESSUM.....	37



Editorial

Liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen,
liebe Erstsemester,

das Ergebnis der studentischen Wahlen im Dezember war ein klares Votum für eine internationalistische, antifaschistische und sozial-emanzipatorische studentische Interessenvertretung.

In einer Zeit, in der nicht nur der rechte Rand sondern auch immer stärker die bürgerliche Mitte Politik mit der Angst betreiben und selbst aus dem Kanzleramt ein "Epochenbruch" gefordert wird, bei dem Panzer und Kampfdrohnen mehr zählen als Pflegekräfte, Klimagerechtigkeit und Bildung, kommt den Hochschulen und der Studierendenschaft eine zentrale Rolle zu: Als gesellschaftliche Opposition für eine zivile, menschenwürdige und soziale Zeitenwende.

Als neu gewählter Allgemeiner Studierendenausschuss (AStA) setzen wir daher auf studentische Bewegung und Opposition sowie auf eine solidarische Befreiung aus der erstickenden Enge von Prekarität, Prüfungen und Pauken für Militär und Wirtschaftsstandort. Denn lernen heißt verändern, heißt sich als Mensch zu entwickeln.

Schon die Studierendebewegung der 68er Jahre protestierte gegen Auf-

rüstung und den Vietnamkrieg, gegen die Verstrickung ehemaliger Nazis im Staatsapparat, in Justiz und an Universitäten, gegen die Notstandsgesetze, die der Regierung weitreichende Ermächtigung zu Grundrechtseinschränkungen und Militäreinsatz gegen Linke und Gewerkschaften im Inneren gaben – und sie kämpften für einen kulturellen und sozialen Aufbruch, eine umfassende Demokratisierung von Gesellschaft und Hochschule, für Mitbestimmung, kritische Wissenschaften und die soziale Öffnung der Bildungseinrichtungen.

Diese Ansprüche sind aktueller denn je.

Ihr kommt an die Uni – voller Neugier, Hoffnung, aber auch Unsicherheit. Wohnungsnot, hohe Mieten, Nebenjob finden, kein oder zu wenig Bafög – und dazu das Gefühl, in eine historische Situation hineingeraten zu sein, in der die Weichen für Jahrzehnte gestellt werden. Und so ist es auch. Persönlich und politisch.

Lasst uns gemeinsam was draus machen!
Denn wir stehen an einem Scheideweg:

Sollen Hochschulen militärische und sicherheitspolitischen Logiken dienen, Forschung sich nach Rüs-





tungsinteressen richten, während sozial relevante Studiengänge, um ihre Existenz kämpfen und internationale Kooperationen abgebaut werden? Lassen wir zu, dass rassistische und nationalistische Positionen wieder hoffähig werden?

Oder knüpfen wir an der Studierendenbewegung von 1968 an und organisieren uns dafür, dass das, was an der Hochschule gelernt und geforscht wird, zu einer menschenwürdigen Entwicklung weltweit beiträgt, zur Überwindung von sozialer Ungleichheit und Unterdrückung, zu ziviler Konfliktlösung, statt militärischer Verrohung, zu internationaler Solidarität, statt nationalistischem "Me First", zu einer freudvollen solidarischen Kultur, statt jeglicher Form von Ertüchtigung? Das sind alles Fragen, die in Seminaren und Vorlesungen zu wenig eine Rolle spielen. Auch das muss sich ändern.

Die Studierendenbewegung vergangener Jahrzehnte hat gezeigt, dass Proteste, die an Hochschulen stattfanden, die Gesellschaft positiv verändern können. Überall und jederzeit kommt es genau deshalb auf jede*n Einzelne*n von uns an. Jedes Nein zu menschenverachtenden Positionen oder Rollenbildern in Seminar und Vorlesung, jeder Widerspruch zu Heldentum und Militarismus auf dem Campus oder in der Mensa schafft die Grundlage, dass andere sich aufrichten und auch zum Widersprechen ermutigt werden.

Doch wir können die Brutalität dieser Zeit nicht als einzelne Individuen bekämpfen, sondern müssen uns dafür zusammenschließen. Durch gemeinsames Diskutieren, Auswerten und einander Ermutigen lässt es sich viel besser kämpfen.

Also organisiert Euch:

In Hochschulgruppen, Fachschaften, Gewerkschaften, in antifaschistischen Initiativen und in Klima- und Friedensbewegungen. Kommt mit uns in Austausch! Durch eine neugierige Bezugnahme aufeinander, durch kritisches Hinterfragen und politische Organisation wird das Nein eines Einzelnen zur gesellschaftlichen Kraft.

Gemeinsam können wir das Ja im Nein neu aufleben lassen:

Für eine solidarische Gesellschaft und die Überwindung jeglicher Gewalt, für eine Demokratisierung aller Lebensbereiche, für eine Wissenschaft, die dem Frieden und dem guten Leben aller verpflichtet ist.

Als AStA wollen wir deshalb mit einem entschlossenen "Nie wieder Krieg, Nie wieder Faschismus!" in das Semester starten.

Mit dieser Ausgabe der Vorlaut berichten wir über aktuelle politische Auseinandersetzungen und Aktivitäten. Wir wünschen euch viel Spaß beim Lesen und hoffen, es ermutigt euch, mit uns aktiv zu werden.

Euer AStA! ✂



Sinn-reiche Zusammenarbeit: AStA und DGB Gewerkschaften

Ein Grußwort vom DGB Köln

Wir freuen uns sehr, dass der neue AStA seine Arbeit mit einem ebenso anspruchsvollen wie engagierten Programm aufgenommen hat. Schon mit dem vorherigen AStA konnten wir am 12. Januar diesen Jahres eine großartige gemeinsame Veranstaltung mit 500 Teilnehmenden an der Universität durchführen: „Tax the Rich“ mit Martyna Linartas und Norbert Walter-Borjans.

Unser Bildungssystem droht zu verfallen, weil von den Kitas über Berufskollegs und Schulen bis hin zu den Hochschulen die Mittel für Investitionen in Gebäude und Personal fehlen. Gleichzeitig werden jährlich rund 400 Milliarden Euro vererbt – nahezu ohne ernsthafte Besteuerung. Das ist ebenso skandalös wie die fehlende Besteuerung großer Milliardenvermögen in Deutschland. Dieses Thema bleibt für unsere gemeinsame Zusammenarbeit in den kommenden Monaten zentral. Die nächsten Veranstaltungen sind verabredet: „Kampfzone Sozialstaat“ (14. April) und „Klassengesellschaft akut“ (21. April). Und die Kontroverse, Investitionen in Bildung oder Rüstung wird in allen gemeinsamen Aktionen kein unbededeter rosa Elefant sein, schon gar nicht am 1. September, dem Antikriegstag.

Die Zusammenarbeit zwischen dem AStA der Universität zu Köln und den Gewerkschaften hat eine lange Tradition, die bis in die Studentenbewegung von 1968 zurückreicht: gemeinsame Aktionen gegen Fahrpreiserhöhungen der KVB, gegen die Notstandsgesetze sowie gegen alte und neue Faschisten. Auch heute brauchen wir gemeinsame Initiativen – zum Beispiel für bezahlbaren Wohnraum in Köln. Wir begrüßen es sehr, dass ihr euch gemeinsam mit uns für neue Studierendenwohnheime und insbesondere für gemeinsame Wohnheime für Auszubildende und Studierende stark macht. Hier können wir gemeinsam größeren Druck auf die Landes- und Kommunalpolitik ausüben.

Unsere Bildungsgewerkschaft GEW setzt sich für die wissenschaftlichen Mitarbeitenden an der Universität ein, die Gewerkschaft ver.di für die Verwaltungskräfte. Mehrere Wochen

lang haben insbesondere junge Beschäftigte der Uniklinik erfolgreich für bessere Arbeitsbedingungen gestreikt. Seit Langem unterstützen wir auch die Bewegung für einen Tarifvertrag für studentische Hilfskräfte – denn nur gemeinsam können wir hier Fortschritte erzielen.

Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die im Rahmen der Unternehmensmitbestimmung in Aufsichtsräte gewählt werden, führen – im Unterschied zu den Kapitalvertretern – ihre Aufsichtsratsvergütungen an die Hans-Böckler-Stiftung ab. Diese finanziert, damit Stipendien für engagierte Studierende, sowie wissenschaftliche Projekte zu Demokratie und Mitbestimmung. Darüber informieren wir alle Interessierten gerne.

Mit Arbeitsjurist:Innen und betrieblichen Praktikern aus den Betrieben beraten wir über die Tücken bei Einstellungsgesprächen und Arbeitsverträgen – gerade auch bei studentischen Nebenjobs.

Und natürlich freuen wir uns immer, wenn engagierte Studierende gewerkschaftliche Kämpfe unterstützen – wie im Projekt „Wir fahren gemeinsam“, bei dem Studierende Beschäftigte der KVB in ihrem Tarifkampf begleitet haben, oder im Rahmen der Bildungsstreiks der GEW.

Mit anderen Worten: "Es gibt nichts Gutes, außer man tut es." (Erich Kästner) Wir freuen uns auf viele weitere gemeinsame Projekte und Initiativen.

Witich Roßmann – Vorsitzender DGB Köln
Judith Gövert – Geschäftsführerin DGB Köln-Bonn ✨



Aufrichten für soziale und kulturelle Emanzipation!

Über Armut, BAföG und Studiwerke

Aus dem ASTA-Referat für Soziales und Sport

Die soziale Lage in Deutschland spitzt sich immer weiter zu. Während die Reichen immer reicher werden, wird am Sozialstaat gespart, die Mieten und Lebenshaltungskosten steigen. Es wird härter, das spüren auch wir Studierende.

Wir merken es, wenn wir einen Theater- oder Kinobesuch lieber an den Anfang des Monats schieben, wenn nichtmal mehr Geld für Nudeln mit Pesto da ist oder wir das Treffen im Café mit Freund*innen doch lieber absagen. Mehr als zwei Drittel der Studierenden, die nicht bei ihren Eltern wohnen, sind akut armutsbedroht (Destatis).

"Auch wenn ich eine gute finanzielle Unterstützung von meinen Eltern bekomme und nebenher auch etwas dazu verdiene, kann es am Ende des Monats schon mal eng werden. Mit wenigen Euros auf dem Konto ist nicht nur dauerhaft Verzicht auf alles, was über notwendiges Essen hinausgeht, angesagt, sondern man durchlebt auch eine Panik, dass nicht doch noch eine unerwartete Abbuchung oder Rechnung um die Ecke kommt. Sich bei der Familie, Freunden, Partnerin für ein paar Tage Geld zu leihen fühlt sich meist sehr unangenehm an." (Philipp)

Viele Studierende leben in Armut oder mit der ständigen Angst davor; auch im Freundeskreis ist Armut keine Seltenheit. Doch niemand spricht darüber.

Hilfsangebote wie z.B. das Wohngeld der Stadt oder die Foodsharing-Beutel des AStA sprechen sich kaum rum und werden dementsprechend auch wenig genutzt, obwohl viele sie gut gebrauchen könnten.

Die Scham vor Armut und dem dazugehörenden Label hält uns zurück: "Ich will den Leuten nichts wegnehmen, die sowas viel mehr brauchen als ich" sind Gedanken, die ungewollt durch die Köpfe gehen. "Mir geht es doch nicht schlecht." ist zu hören, obwohl man nachts wach liegt.

Das isoliert, denn in den sozialen Medien besteht die Welt oft nur aus Urlaub, Partys und coolen Restaurants. Auch das eigene Umfeld widerspricht dem Bundeskanzler nicht, wenn er behauptet, die jüngere Generationen wüsste gar nicht mehr, wie man richtig hart arbeitet, und im nächsten Atemzug die "Lifestyle-Rentner" denunziert (wer widerspricht hier laut!?).

"Ich habe erst Mathe, dann Physik und noch einiges anderes studiert und promoviere inzwischen in Physik - immer gleichzeitig war ich auch in hochschulpolitischen Kämpfen aktiv: Gegen Studiengebühren, in der Fachschaft, im Wendepunkt, im AK Zivilklausel, seit Januar im AStA. Fast immer an oder unter der Armutsgrenze. In meinem Umfeld an der Uni war das immer nicht so ein Thema - darüber geredet wurde wenig, obwohl es den anderen ähnlich ging. In der Familie sorgenvolle Blicke - du musst auch mal an dich denken, sonst landest du unter der Brücke - bei den Abi-Wiedersehenstreffen, hab ich dann lieber erstmal zugehört. Später dann, als die ersten von ihrer eigenen Anwaltskanzlei schwärmten, wurde einem auf die Schulter geklopft: Cool, dass du immer noch lebst, du alter Idealist! Mit so wenig Geld, das könnt' ich nicht - wie machst du das eigentlich? Nicht so einfach, ist ja irgendwie auch selbstgewählt. Aber ist dann Armut deshalb ok? Und: Wäre ja gut, wenn das alle täten - Studiengebühren abschaffen, lebenslanges Lernen für Frieden, Faszination für Physik - nächtelang mit Mitstreiter*innen debattieren und alles vom Kopf auf die Füße stellen." (Stefan)

Richtig! Zeit, dass wir die Dinge vom Kopf auf die Füße stellen:
Nicht die Ausländer*innen sind schuld, wenn die Bahn unpünktlich ist, und weder die Rentner*innen noch wir sollten uns für Armut oder das Annehmen von Hilfe schämen. Jede*r verdient es, nicht unter oder an der Armutsgrenze zu leben. Schämen sollten sich die, die die Welt in Armut, Hunger und Krieg stürzen, obwohl längst anderes möglich wäre: "Ein Kind, das heute verhungert, wird ermordet." (Jean Ziegler, UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung)

Die vielfältigen Hilfsangebote von Studiwerk und AStA können das nicht kompensieren, sie sind nicht viel mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein; aber vielleicht ein Tropfen, der uns einen ausreichend kühlen Kopf ermöglicht, um uns zu sortieren, uns zusammenzutun. Lasst uns Pläne schmieden, wie wir das Studium, das Leben selbst in die Hand nehmen und menschenfreundlich gestalten. Dafür können wir diese Angebote alle gut gebrauchen, selbst wenn wir finanziell halbwegs über die Runden kommen, aber Nebenjobs Zeit für Freizeit und Studium fressen. Zeit ist dabei eine essentielle Währung. Denn wer wenig Zeit hat, weil der Lebensunterhalt verdient werden muss, hat es schwerer, den Status quo infrage zu stellen und nachhaltig für Verbesserungen zu kämpfen. Also lasst uns den Kampf gegen Armut sichtbar machen und füreinander eintreten; Kräfte sammeln, um für ein BAföG für Alle zu kämpfen!

BAföG für alle!

Ein BAföG für Alle ist nicht einfach nur eine Reform, die uns aus der Armut holt, sondern eine gesellschaftliche Notwendigkeit.

"Der Student ist ein geistiger Arbeiter." (UNEF, 1946: "Charta de Grenoble")

Studieren ist intellektuelle Arbeit, denn das Erarbeiten, infrage stellen, Aneignen und Verbreiten von Wissen ist gesellschaftlich wertvoll. Damit sind wir als Studierende integraler Bestandteil des Wissenschaftsprozesses. Auf diese Weise ist unsere Arbeit unver-

zichtbar für den Erhalt, die qualifizierte Weiterentwicklung des gesamtgesellschaftlichen Wissensschatzes und auch der gemeinschaftlichen Lebensgrundlagen.

Diese sind konkret durch ungenügende Ausfinanzierung bedroht:
Zum Beispiel gehen viele ältere Ärzt*innen in ländlichen Regionen in Ruhestand, doch es werden nicht genügend Ärzt*innen ausgebildet, um deren Aufgaben zu übernehmen. So wird die hausärztliche Grundversorgung von vielen Menschen immer schlechter und droht sogar in den nächsten Jahren zusammenbrechen. Darum muss nicht nur die Grundfinanzierung der Unis deutlich angehoben werden, sondern jegliche Arbeit an Unis muss gewürdigt werden. Auch die studentische Arbeit, die oft einfach übersehen wird.

Die heutige Komplexität der Arbeitstei-

Hilfsangebote von Studiwerk und AStA

Diese Angebote sind da für alle, die sie möchten und (bis auf die Notkredite) ganz ohne Verdienstnachweis der Eltern, Deklaration zu Nebenjobs etc. Kommt doch einfach gemeinsam! Damit wir zusammen fürs BAföG für Alle streiten können, ist es entscheidend, die Scham zu überwinden, die dich oder mich davon abhält, sich diese kleinen Hilfen zu holen und die den Kampf gegen Armut so unsichtbar macht.

Angebote des Studiwerks (KStW)

- Sozialberatung: <https://www.kstw.de/beratung/>
- Notfalldarlehen: <https://www.kstw.de/finanzen/darlehen-in-notlagen/>

Angebote des AStA

- FoodFair & Mensamarken
- Laptop- und Werkzeugverleih;
- Fahrradwerkstatt
- Notschlafstelle
- BAföG- und Sozialberatung
- Befreiung vom Semesterticketbeitrag & Notfallkredite

Mehr Infos: <https://www.asta.uni-koeln.de/angebote/>

lung in einer global vernetzten Industriegesellschaft erfordert – schon zur Aufrechterhaltung dieser – die stetige wissenschaftliche Höherqualifizierung der Arbeiter*innen und die zunehmende "Verwissenschaftlichung" des gesellschaftlichen Lebens insgesamt. Deshalb wächst mit dem Fortschritt auch die Notwendigkeit lebenslangen Lernens.

Erst recht bedarf es in zunehmendem Maße "geistiger Arbeiter", also wissenschaftlich qualifizierter, kooperativ engagierter, mündiger Persönlichkeiten, um die großen Herausforderungen unserer Zeit menschenwürdig zu beantworten: Für eine nachhaltige Energieversorgung und die Überwindung der Klimakatastrophe, für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung und die Überwindung der sozialen Ungleichheit, sowie für die Schaffung global friedlicher Verhältnisse und die Überwindung struktureller Gewalt.

Diese geistige Arbeit muss gestärkt werden. Hochschulen müssen als öffentliche Institutionen allen Menschen ohne Hürden zugänglich gemacht werden. Denn nur so lässt sich das Potenzial der Unis als offene Räume für progressive Wissenschaft, Kultur und Gesellschaftsentwicklung wahrnehmen.

Eine bessere Welt? Nehmen wir es selbst in die Hand!

BAföG für Alle hat das Potenzial, die Unis zu ändern - von einer sozial-selektiven Lernfabrik zum lebendig-engagierten, politisch-kulturellen Raum inmitten der Gesellschaft und in Opposition zu allen Verhältnissen, "in denen der Mensch ein erniedrigtes, geknechtetes, verlassenes, verächtliches Wesen ist" (Karl Marx). Und das können wir nur selbst in die Hand nehmen!

Indem wir uns gemeinsam verabreden, um in belanglosen Veranstaltungen die spannenden Fragen zu stellen, überall

darüber Gespräche suchen, was uns wirklich bewegt, auf die Straße gehen; indem wir uns in Fachschaften und Hochschulgruppen organisieren.

Wohnen, essen und noch viel mehr - Der Kampf um unsere Studiwerke

Dass es gut ist, dass wir dafür auch unsere sozialen Belange selbst in die Hand nehmen, ist eine alte Erkenntnis und hat zu Beginn des 20. Jahrhunderts zur Gründung der Studierendenwerke geführt. Wenn auch in den letzten Jahren etwas zu Servicebetrieben abgedriftet, sind sie doch quasi unsere Genossenschaften, in denen wir Wohnen, Essen, KITAS, psychosoziale Beratung und finanzielle Notfallunterstützung selbst und solidarisch organisieren. Einerseits streiten wir mit ihnen seit Jahren für mehr studentischen Wohnraum - zusammen mit anderen Akteur*innen in der Stadt, insbesondere mit den Gewerkschaften, geht es dabei insgesamt darum, wieder mehr öffentlichen und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Andererseits sind sie zunehmend unterfinanziert, weil das Land die Förderung schrittweise reduziert und versucht, höhere Wohnheimpreise, kürzere Mensa-Öffnungszeiten, KiTa-Schließungen, Einschränkung der Beratungsangebote usw. durchzusetzen. Weil wir uns dem in den Weg stellen, versucht die Schwarz-Grüne Regierung derzeit, uns und die Studiwerk-Kolleg*innen aus dem Verwaltungsrat, dem zentralen Entscheidungsgremium der Studiwerke, rauszudrängen. ✖

Beteiligt euch an der E-Mail-Aktion dagegen: QR-Code und Link zum Flug: <https://blog.uni-koeln.de/keinekuerzungen/>



BAföG / Wohngeld beantragen

- BAföG: <https://www.kstw.de/finanzen/bafoeg/>
- Wohngeld: <https://www.stadt-koeln.de/service/produkt/wohngeld>

Veranstaltung

Asta Universität zu Köln, DGB Köln

Kampfzone Sozialstaat

Was gehört zum Sozialstaat?

Warum wird er so aggressiv angegriffen?

Warum muss er verteidigt werden?

mit

Dierk Hirschel

Chefökonom der Gewerkschaft ver.di

14. April 2026, 18:00

Universität zu Köln, Hörsaalgebäude, Hörsaal C

Veranstaltung

Klassengesellschaft akut:

Warum Lohnarbeit spaltet – und wie es anders geht

Die Verwerfungen der Klassengesellschaft und was dagegen zu tun ist

Prof. Dr. Nicolle Mayer-Ahuja
im Gespräch mit Dr. Witich Roßmann,
DGB Vorsitzender Köln

21. April 2026, 18:00–19:00

Technische Hochschule Köln, Hörsaal 201
Übierring 48, 50678 Köln

TH Köln, AStA TH Köln, AStA Universität zu Köln,
Rosa Luxemburg Stiftung NRW, DGB Köln

Lernen um zu verändern: Kritische Einführungswochen

Überall um uns herum: Krisen.

Immer mehr Kriege und Konflikte weiten sich aus. Die Gesellschaft rückt immer weiter nach Rechts, während der öffentliche Diskurs immer offener von Positionen zu Kriegstüchtigkeit und der Militarisierung der Gesellschaft dominiert ist.

Wie ist unsere Antwort? Wie können wir als Studierendenbewegung aus der Uni heraus Frieden, Klimagerechtigkeit und gesellschaftliche Demokratisierung erkämpfen?

Politik endet nicht an den Türen der Uni. Die Zustände und Machtverhältnisse, die von den Herrschenden vorangetrieben und erhalten werden, haben unmittelbare Auswirkungen auf unser Leben als Studierende.

Militarisierung der Wissenschaft, Repressionen und ein Klima der Einschüchterung dienen den Herrschenden auch an der Uni der Durchsetzung ihrer Interessen. In dieser Lage müssen wir, als Studierendenschaft eine gesellschaftliche Oppositionsbewegung aufbauen und kämpferisch für unsere Interessen eintreten!

Kommt zu den KEW, lernt und kämpft mit uns. Lasst uns die Verhältnisse aus den Angeln heben und eine gerechte Welt schaffen!

Das Programm für die Kritischen Einführungswochen findest du unter diesen QR-Code!



Entwicklungs- statt absicherungsorientiert studieren: Prüfungsversuchsbeschränkungen abschaffen!

Aus dem AStA-Referat für Studienreform

Momentan gilt in etlichen Prüfungen:

"Drei Versuche, eventuell noch "Joker"
oder "Ass" nicht geschafft und du wirst
aus der Uni geschmissen."

Angst vor Prüfungen ist keine Lernhilfe
und löst schon gar keine realen
Probleme im Studium. Die damit
verbundene Kultur des ewigen
Verschiebens und Abarbeitens steht im
Widerspruch zu Wahrheitsfindung, zu
Kritik und Diskurs als Triebfedern von
Wissenschaft; fördert Reproduktion
statt Entwicklung, die Wahl der
sicheren Nummer statt des
interessanteren Kurses und ist
intellektuell lähmend. Mit der Einheit
von Lehre und ergebnisoffener Forschung
ist sie inkompatibel. Deshalb betreffen
Prüfungsrestriktionen nicht nur die von
der Zwangsexmatrikulation akut
Bedrohten, sondern alle.

Eine Uni braucht die Beteiligung aller,
um Ergebnisse im Sinne aller zu
produzieren, und es ist bemerkenswert,
wenn Studierende trotz Misserfolgen die
universitäre Aneignung der Welt für
ihre bewusste Gestaltung nicht
aufgeben. Denn genau dort zu
unterstützen und gemeinsam Wege zu
finden, ist die Aufgabe der
Hochschulen, anstatt sie durch
Beschränkungen auszulesen. Doch
aktuell verunglimpft die Drohung mit
dem Rausschmiss dies als „unmoralisches
Schmarotzen“ des Einzelnen am
Gemeinwesen: Man soll dankbar sein,
studieren zu dürfen, aber irgendwann
sei es ja auch mal genug. Was aber wäre
denn „genug Bildung“?

Druck im Studium als geradezu
karitativen Akt zu legitimieren, um

Lerne das Einfachste! Für die
Deren Zeit gekommen ist
Ist es nie zu spät!
Lerne das Abc, es genügt nicht, aber
Lerne es! Laß es dich nicht verdrießen!
Fang an! Du mußt alles wissen!
Du mußt die Führung übernehmen .

Lerne, Mann im Asyl!
Lerne, Mann im Gefängnis!
Lerne, Frau in der Küche!
Lerne, Sechzigjährige!
Du mußt die Führung übernehmen.
Suche die Schule auf, Obdachloser !
Verschaffe dir Wissen, Frierender!
Hungriger, greif nach dem Buch: es ist eine Waffe.
Du mußt die Führung übernehmen.

Scheue dich nicht zu fragen, Genosse !
Laß dir nichts einreden
Sieh selber nach!
Was du nicht selber weißt
Weißt du nicht.
Prüfe die Rechnung
Du mußt sie bezahlen.
Lege den Finger auf jeden Posten
Frage: Wie kommt er hierher?
Du mußt die Führung übernehmen.

Brecht, 1932
Lob des Lernens

Studierenden angeblich „erfolgloses“
Studieren zu ersparen, ist ebenso
zynisch wie anmaßend. Statt auf
Restriktion zu setzen, sollte die Uni
lieber mit den Studierenden gemeinsam
klären, welche Bedingungen dazu führen,
dass Studierende vermehrt durch "diese
eine Prüfung" fallen und ob diese
Anforderungen auch gerechtfertigt
werden können oder nur der
Schwierigkeits Willen schwer sind.

Prüfungsdruck ist schädlich

Versuchsbeschränkungen lösen bei vielen Studierenden starken Stress aus: die Angst vor der Exmatrikulation gegen den eigenen Willen, die das Leben aus der Bahn werfen kann, kann in eine Spirale der Angst führen, die anders als ein vorübergehender Blackout eine dauerhafte Belastung ist. Druck und fundamentale Sorgen um die Lebensplanung betreffen dabei nicht nur die wenigen Studierenden, die sich tatsächlich im Drittversuch befinden; vielmehr betreffen Prüfungsangst und damit einhergehendes Aufschieben von Aufgaben im Studium mehr als die Hälfte aller Studierenden. Auch die, die am Ende eine Klausur im Erstversuch mit 1 bestehen.

Doch diese Restriktionen schüren nicht nur Angst, sondern gehen auch prinzipiell gegen dein Grundrecht der freien Berufswahl. Denn wer „totgeprüft“ wurde, kann in ganz Deutschland keinen verwandten Studiengang mehr studieren.

Es geht auch anders

Prüfungsrestriktionen sind eine deutsche Spezialität und gehen auf die universitäre Gerichtsbarkeit des Mittelalters zurück, die von den Nazis u.a. gegen Kommunist*innen, Homosexuelle und Jüd*innen angewandt wurde. Die heutige Form entstand, um die 68er-Bewegung zu disziplinieren. Seitdem sind sie umkämpft und ein Ergebnis dieser Auseinandersetzung ist, dass die Uni Bielefeld, aber z.B. auch die Philosophische Fakultät unserer Uni die Umstellung auf das Ba-Ma-System nutzten, um sie gegen den Trend abzuschaffen. Inzwischen ist erstritten, dass einige Fächer der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät sie ebenfalls abgeschafft haben. Da Letzteres nicht im Rahmen einer völligen Neukonzeption der Studiengänge geschah, widerlegt der vorher-nachher-Vergleich von Studienzeiten, Durchfallquoten etc. eindrücklich alle Befürchtungen, die Welt könnte ohne Restriktionen im Studium untergehen.

Als AStA setzen wir uns gegen jegliche Exmatrikulationsregelungen und -androhungen ein. Unter anderem beim Studienreformtag wollen wir gemeinsam beraten, wie wir damit vorankommen.

Wir rufen alle dazu auf sich an den Auseinandersetzungen für die Abschaffung der Versuchsbeschränkungen an der Uni Köln zu beteiligen! ✨



Warum ist das Studium so von Prüfungen dominiert? Warum tun sich Menschen das an? – Die Lehrenden den Studierenden, die Studierenden sich selbst, die Studierenden den Lehrenden? Haben wir nichts Besseres zu tun und was wird dabei aus unseren Ambitionen vom Studienstart? Wem nützt das? Stellen wir uns nur an und sind wir gar Drückeberger*innen, wenn wir diese Fragen stellen? Oder kommt es genau darauf an, um Militarisierung und Erstarren rechter Kräfte, Armut und Ausbeutung etwas entgegenzusetzen? Um Gleichberechtigung, die Klimawende und unsere eigene Emanzipation voranzubringen, um eine bessere Welt zu bauen? Zusammen mit einer Reihe von Fachschaften und Initiativen für Kritische Wissenschaft wollen wir diesen Fragen nachgehen und Pläne schmieden, wie wir die Fachbereiche und die Uni als Ganzes für eine grundsätzliche Studienreform in Bewegung bringen. Dafür wollen wir das Sommersemester mit einem Tag der Studienreform starten. Kommt dazu – und bringt im besten Fall noch eure Freund*innen und eure Fachschaft mit!

Anmeldungen zur Essens- und Raumplanung: fsr@asta.uni-koeln.de

Für strikt zivile Wissenschaft und vorbehaltlos weltoffene Hochschulen!

Frieden, Nachhaltigkeit und Demokratie in Studium, Lehre, Forschung und internationalen Kooperationen umfassend verwirklichen

Stellungnahme des AstA der Uni Köln

"Wissenschaft wird als solidarische Bemühung von Menschen in methodisch ausgewiesener und zielbewußter Erkenntnisarbeit gegen die Irrationalität der natürlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse unternommen, damit die Erde als der einheitlich gemeinsame Lebensraum einer brüderlichen Menschheit in Frieden bewohnt und mit Vernunft genutzt wird."

Peter Fischer-Appelt u. Johannes Berger: Kreuznacher Hochschulkonzept. Reformziele der Bundesassistentenkonferenz, 2. Aufl. Bonn 1968

Die Lösung der Zukunftsfragen der Menschheit, der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, der Zugang zu Wasser und Gesundheit, die umfassende Verwirklichung von Menschen- und Völkerrecht sind nur aufgeklärt, international kooperativ und zivil möglich. Die Selbstverpflichtung der Universität auf Frieden, Nachhaltigkeit und Demokratie (Zivilklausel) und die Verwirklichung der "Sustainable Development Goals" der Vereinten Nationen sind daher eine Aufgabe und Möglichkeit für alle Hochschulmitglieder und haben einen Vorbildcharakter für eine zivile, dem Menschheitsinteresse zuträglichen Entwicklung aller gesellschaftlichen Bereiche.

Dies gilt insbesondere für die Verpflichtung zu internationaler Zusammenarbeit für eine menschenwürdige Entwicklung, die explizit in der Grundordnung festgehalten ist: "Die Universität zu Köln entwickelt ihren Beitrag zu einer nachhaltigen, friedlichen und demokratischen Welt dadurch, dass sie ihren [...] Aufgaben unabhängig von außerwissenschaftlichen Vorgaben nachkommt, insbesondere in ihrer internationalen Zusammenarbeit." (Aus der Zivilklausel der Uni Köln)

Bildung und Wissenschaft im Sinne globalen Menschheitsfortschritts hat

nichts zu verheimlichen und kein Wissen zu sichern oder abzuschotten, sondern lebt umgekehrt von offener Debatte und Kritik, von der Öffnung der Hochschultüren für alle, von unterschiedlichen Perspektiven, Standpunkten und möglichst weiter Verbreitung. Solches grenzüberschreitendes Lernen und Wirken für eine menschenwürdige Entwicklung ist immer eine Alternative.

Dafür steht exemplarisch der Aufbau von Wissenschaftskooperationen mit palästinensischen Hochschulen, der in der Medizin bereits praktiziert, und uniweit diskutiert wird, stehen online Sprachkurse für Menschen in Afghanistan, die Kooperation für die Entwicklung rechtsstaatlicher Strukturen im Irak oder der Aufbau von Kooperation und Expertise für eine ökologisch nachhaltige Entwicklung mit Ländern des arabischen Raums. (<https://uni-koeln.de/universitaet/profil/international/global-responsibility>).

Die zivile Entfaltung der Wissenschaft und des Lebens soll nicht durch die Militarisierung des Denkens und der Gesellschaft eingeschränkt werden.



Daher:

- engagiert sich der AStA dafür, dass die Selbstverpflichtung der Hochschule auf Frieden, Demokratie und Nachhaltigkeit zum lebendigen Maßstab von Studium, Lehre, Forschung, von internationalem akademischen Austausch und Wissenschaftskooperationen wird;
- setzt sich weiterhin für Zivilklauseln an allen Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen ein und opponiert gegen alle Versuche, die Wissenschaften unter der Maßgabe von "Dual Use" für Hochrüstung und geopolitische Machtpolitik zu instrumentalisieren;
- setzt sich dafür ein, dass die Verpflichtung zu Frieden, Nachhaltigkeit und Demokratie sowie die Verwirklichung der Sustainable Development Goals zum Ausgangspunkt für die Überarbeitung der Internationalisierungsstrategie werden und fordert alle Bereiche auf, sich aktiv in die Diskussion und Debatte einzubringen;
- fordert, dass der pauschale Abbruch der Kooperationen mit Russland rückgängig gemacht wird und die Zivilklausel als universeller Maßstab für die Weiterentwicklung aller Wissenschaftskooperationen angelegt wird - für die Kooperation mit russischen Hochschulen, wie für israelische, US-amerikanische und alle anderen weltweit;
- wendet sich gegen jedwede Restriktion bezüglich der Aufnahme eines Studiums oder der Annahme eines Arbeitsvertrages aus geopolitischem Kalkül und fordert umgekehrt Kreativität und Engagement für Öffnung der Hochschule für alle, um Feindbilder abzubauen, Völkerverständigung und zivilgesellschaftliche Kooperation auf allen Ebenen zu stärken;
- setzt sich für die Überwindung der Exzellenzinitiative und aller Konkurrenzorientierten Finanzierungssysteme und für einen Ausbau der öffentlichen Grundfinanzierung für kooperative und demokratische Wissenschaften ein. ✈

„Wir setzen uns von denjenigen Auffassungen ab, für welche nicht der Mensch, sondern die Forschung an der Spitze steht. Wir glauben, dass Hochschulbetrieb nur soweit gerechtfertigt ist, als er Dienst am Menschen bleibt. Dieser Dienst ist nicht auf den Studenten beschränkt, sondern er gilt mittelbar und unmittelbar dem ganzen Volk. Menschliches Leben ist gemeinsames Leben von verantwortlichen Personen in der Welt. Nur als Teil dieses Lebens ist die Hochschule gerechtfertigt.“

Aus dem 'Blaues Gutachten'. 1948 setzte die Militäradministration in der britischen Besatzungszone einen Studienausschuss ein, der im November 1948 das "blaue Gutachten" veröffentlichte, erstellt unter Beteiligung von Wissenschaftlern, Kirchenvertretern, Gewerkschaften und Politik aus dem In- und Ausland.

Veranstaltung:

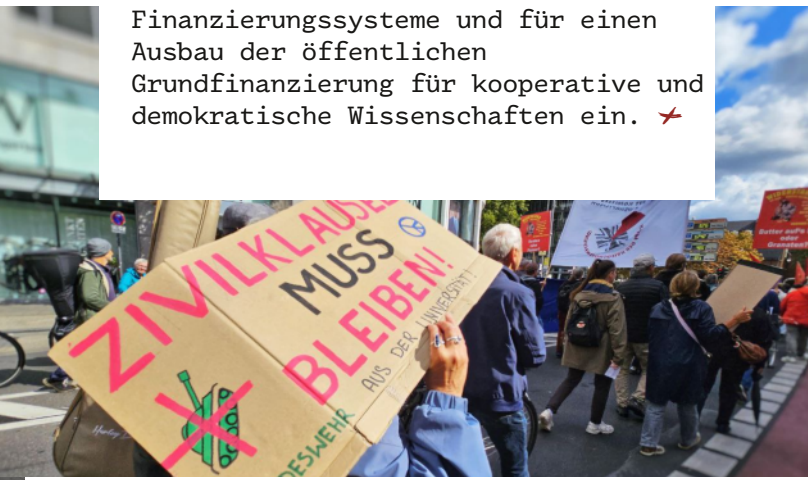
Frontlinien in den Köpfen:

Kriegsertüchtigung, innere Zeitenwende versus zivile Entfaltung?

Am 29. April um 19:30, HS80 im Hauptgebäude

Mit der militärischen "Zeitenwende" soll die gesamte Gesellschaft auf Kriegstüchtigkeit ausgerichtet werden - mit Abhärtung, Freund-Feind-Denken und Glauben an die Alternativlosigkeit von Aufrüstung.

Zu viel „zivil“ in der Zivilgesellschaft? Zu viele Zivilklauseln an Hochschulen? Wir sprechen mit Ingar Solty über die Militarisierung im Alltag, in Wissenschaft und Kultur. Was ist damit politisch und ideologisch beabsichtigt? Wie können wir eine zivile Zeitenwende aus den Unis heraus vorantreiben und worauf kommt es dafür an?



Quo Vadis Zivilklausel?!

Aus dem Referat für Frieden und Internationales

Kanzler Merz hat bereits 2023 die Abschaffung der Zivilklauseln an Hochschulen zur Chefsache gemacht. Die CSU in Bayern hat sich mit dem dortigen Bundeswehrgesetz 2024 um deren Verbot bemüht. Was ist an Zivilklauseln so brisant, dass bundesweit die AfD, die Union und die FDP dagegen auf die Barrikaden gehen müssen?

Was ist überhaupt eine Zivilklausel?

Zivilklauseln sind Selbstverpflichtungen von Hochschulen, ausschließlich für zivile, friedliche Zwecke zu forschen und zu lehren. Zivilklauseln sind für Hochschulen das, was das Friedensgebot für das Grundgesetz oder das Prinzip der Gewaltfreiheit für die Charta der Vereinten Nationen bedeutet: Ein verbindlicher Maßstab zur Gestaltung einer humanen und friedlichen Entwicklung des gesellschaftlichen Zusammenlebens.

Meistens werden Zivilklauseln in den Grundordnungen einer Hochschule verankert. Die Hochschulen können u.a. entsprechend ihre Schwerpunktsetzungen, ihre Studieninhalte, Forschungskooperationen, Berufung von Professuren etc. danach ausrichten.

Woher kommen Zivilklauseln?

Wie das Grundgesetz und die Charta der Vereinten Nationen sind auch Zivilklauseln antifaschistische Konsequenzen und Teil des Vermächnisses der Befreiung:

"Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus." Daher ist es nicht verwunderlich, dass Zivilklauseln nicht nur in Deutschland, sondern auch in Japan eine wichtige Rolle als Bollwerk gegen Militarismus im akademischen Bereich spielen.

In Deutschland wurde die erste Zivilklausel nach 1945 auf Veranlassung der alliierten Mächte an der Technischen Hochschule Charlottenburg – der heutigen TU Berlin – eingeführt. Ihre "Wehrtechnische Fakultät" war tief in die Kriegsmaschinerie des NS-Regimes verstrickt.

Im Zuge der 68er, der Friedensbewegung der 80er Jahr und der Bildungstreiks Ende der 2000er wurden Zivilklauseln durch das Engagement der Studierendenbewegung, von kritischen GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen und Lehrenden "von unten" erkämpft, in Widerspruch zur Aufrüs-

tungspolitik und zur Ökonomisierung von Wissenschaft und Bildung.

Im Jahr 2009 gab es bundesweit 12 Zivilklauseln, heute sind es über 70.

Hat die Uni Köln eine Zivilklausel und wie kam es dazu?

2015 hat sich die Universität zu Köln eine Zivilklausel gegeben – das Ergebnis einer langjährigen Auseinandersetzung.

Aus den Bildungstreiks von 2009 und den Debatten um die Abschaffung der Studiengebühren entstand in der Studierendenbewegung zunehmend die Überzeugung: Bildung und Wissenschaft sollten nicht ökonomisiert werden, sie sollten zur Entwicklung mündiger, kritischer Persönlichkeiten beitragen, die die Welt friedlich, demokratisch, sozial und nachhaltig gestalten.

2010 wurde aus dem Studierendenparlament heraus der Arbeitskreis Zivilklausel mit dem Ziel gegründet, eine Urabstimmung unter den Studierenden über die Einführung einer Zivilklausel zu initiieren. Das Ergebnis war eindeu-



tig: 65,5% der Studierenden sprachen sich für eine strikt zivile Wissenschaft aus, 19,7% stimmten dagegen, knapp 15% enthielten sich.

Eine anschließende Unterschriftenkampagne zur Unterstützung des Votums der Studierenden fand große Unterstützung: 163 Professor*innen sowie wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Mitarbeiter*innen der Universität schlossen sich dem Anliegen an.

Im Senat – dem höchsten Gremium der universitären Selbstverwaltung – wurde die Einführung der Zivilklausel zunächst abgelehnt. Doch durch kontinuierliche Aufklärungsarbeit innerhalb und außerhalb der Hochschule gelang es schließlich, 2014 die Verpflichtung der Hochschulen in Nordrhein-Westfalen auf friedliche Ziele im Hochschulgesetz zu verankern. Im Zuge dessen haben alle Universitäten in NRW eine Zivilklausel in ihren Grundordnungen beschlossen. Diese wurden auch beibehalten, nachdem 2019 CDU und FDP die Zivilklausel im Hochschulgesetz wieder strichen.

Wie lautet die Zivilklausel an der Uni Köln?

"Präambel:

Die Universität zu Köln trägt im Zusammenwirken ihrer Mitglieder sowie in der Einheit von Forschung und Lehre zur Entwicklung der Wissenschaft und zur wissenschaftlichen Bildung bei. Sie will ein Ort lebenslangen Lernens sein. Im Bewusstsein ihrer Geschichte verwirklicht die Universität zu Köln die Freiheit der Wissenschaft und ist sich dabei ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst. Zur Realisierung dieses Auftrags setzt sie sich für eine Kultur der Verständigung und Kooperation ein."

"§ 2 Nachhaltigkeit, Frieden und Demokratie in der Welt

Die Universität zu Köln entwickelt

ihren Beitrag zu einer nachhaltigen, friedlichen und demokratischen Welt dadurch, dass sie ihren in § 3 HG genannten Aufgaben unabhängig von außerwissenschaftlichen Vorgaben nachkommt, insbesondere in ihrer internationalen Zusammenarbeit. Die Universität zu Köln wird regelmäßig auf den genannten Gebieten Aktivitäten entwickeln, z. B. Lehrveranstaltungen oder Forschungstätigkeiten."

Wie wirken Zivilklauseln?

Zivilklauseln sind eine Ermutigung für Studierende, Lehrende, Professor*innen und Mitarbeiter*innen, ihre gemeinsame Arbeit an der Universität – in Forschung, Studium und Lehre – an langfristigen, zivilen Entwicklungszielen zur Verbesserung der Lebensbedingungen auszurichten, statt sich unter dem Druck von Finanzierung und Wettbewerb kurzfristigen ökonomischen oder politischen Interessen zu beugen.

Konkret bedeutet das, über die Ursachen und Verursacher von Armut, sozialer Ungleichheit, Klimawandel und kriegerischen Konflikten aufzuklären und aktiv zur Verwirklichung der 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen beizutragen – anstatt Wissenschaft und Bildung im Interesse jener zu betreiben, die von Ungleichheit, Ausbeutung oder Aufrüstung profitieren.

Friedensfähig statt Kriegstüchtig!

Zivilklauseln bilden außerdem einen positiven Maßstab für internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit und eine "Diplomatie von unten" – gegen nationale Abschottung, Konfrontation und militärische Machtpolitik.

Wo Wissenschaft und Bildung dem Frieden verpflichtet ist, verliert die Forderung nach Kriegsfähigkeit ihre Legitimation. Mit solchen Ambitionen lässt sich keine militärische Zeitenwende machen – wohl aber eine zivile. Dies ist verstärkt zu beherzigen. ✂



Was kommt nach Widersetzen?

Aus dem AStA-Referat für Antifaschismus und Emanzipation

Anfang 2025 schien der Damm gebrochen. Die CDU hatte im Bundestag mit den Stimmen der AfD einen weiteren Rechtsruck in der Migrationspolitik.

Tausende Menschen gingen auf die Straße, gerade junge Menschen waren empört über den Beschluss im Bundestag, das Tabu mit der AfD zu stimmen, war übergangen worden.

Bereits seit einigen Jahren fokussiert sich außerdem das Bündnis Widersetzen darauf, Großveranstaltungen der AfD zu blockieren oder jedenfalls mit groß angelegtem Protest zu begleiten.

Und dennoch müssen wir festhalten:

Die Rechtsentwicklung hat nichts hiervon gestoppt. Protest, so wichtig er für die politische Auseinandersetzung ist, bleibt ein Appell an die

Herrschenden.

Wollen wir die Rechtsentwicklung stoppen, so müssen wir an die Wurzel des Ganzen.

Wir dürfen nicht den Rechten hinterherrennen, sondern müssen dieser Entwicklung entgegenreten und eine langfristige antifaschistische Bewegung aufbauen. Rechte Kräfte sind überall da auf dem Vormarsch, wo soziale Erregenschaften zurückgedrängt werden.

Überall dort, wo Infrastruktur vernachlässigt wird, wo gekürzt wird, wo soziales Elend und Abstiegsängste drohen, sind rechte Kräfte nicht weit. Verstärkt wird dies durch die gesellschaftlichen Spaltungsmechanismen: Rassismus, Sexismus und Nationalismus.

Wer also eine nachhaltige Be-

wegung gegen die Rechtsentwicklung aufbauen will, muss dort ansetzen. Die Kämpfe laufen an den Orten, wo wir täglich die meiste Zeit verbringen:

In der Uni und am Arbeitsplatz. Und genau hier wird der Kampf von oben bereits geführt:

Die Konkurrenz zwischen Fakultäten erhöht sich, Priorität haben Exzellenz und alles, was Prestige und Drittmittel einbringt. Wir sollen außerdem länger arbeiten und womöglich kommt bald wieder die Wehrpflicht. Der Klassenkampf von oben ist in vollem Gange. Es wird höchste Zeit, unsere soziale Emanzipation und eine in unserem Interesse liegende Friedenspolitik zu erkämpfen. Lasst es uns angehen! ✖

GREVEN-ARCHIV-DIGITAL.DE | CHRISTEL FOMM

Aufklärung über Rechts

Rechtsentwicklung, das ist nicht nur ein Phänomen in Parlamenten und auf den Straßen, es spielt sich auch in der Uni ab. Bereits seit einiger Zeit gelten Universitäten als Orte eines vermeintlich "woken Konsens". Infolgedessen stehen Studierende, Professor*innen, Initiativen und sogar ganze Studiengänge (wie Gender Studies) unter Beschuss von rechts.

Das sind Entwicklungen, die auch von Uni-Leitungen vorangetrieben werden, denen die kriegstüchtige Universität gar nicht früh genug kommen kann. Zusätzlich dazu organisieren sich Dozierende in rechten Netzwerken oder verbreiten in ihren Lehrveranstaltungen reaktionäre Vorstellungen.

Als AStA und speziell als Referat für Antifaschismus und Emanzipation wollen wir über diese Geschehnisse aufklären.

Wer sind die Akteure der Rechtsentwicklung an der Uni? Was sind die strukturellen Ursachen der Rechtsentwicklung und wie gehen wir diese gezielt an? Und besonders wichtig: Vernetzung und Strukturaufbau. Bereits jetzt gibt es einige Gruppen, die an der UzK antifaschistische Arbeit machen und viele motivierte Menschen. Nur im Bündnis können wir es schaffen, eine starke antifaschistische Bewegung aufzubauen. Die Zeit aktiv zu werden ist jetzt! Was wollen wir konkret machen?

- Recherche
- Bildungsveranstaltungen
- Vernetzung
- Hilfe zum Aufbau widerständiger Strukturen

Du willst mitmachen? Dann melde dich beim Referat für Antifaschismus und Emanzipation. ✖

Uni-Geschichte: Wer war Jenny Gussyk?

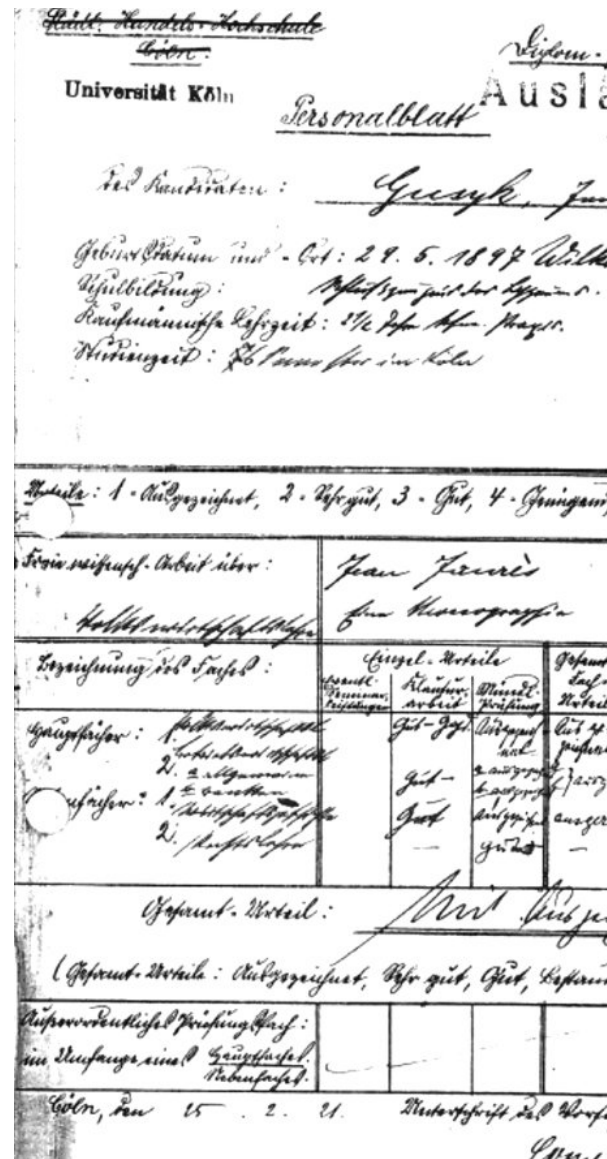
Erinnerungen sind politisch. Wen wir erinnern und wen wir ehren ist immer auch Ergebnis gesellschaftlicher Machtverhältnisse. In der Regel handelt es sich dabei um weiße Männer. Weniger sichtbar sind hingegen die Geschichten marginalisierter Personen, die gegen Widerstände angekämpft haben. Eine dieser Personen ist Jenny Gussyk.

Jenny Gussyk wurde 1897 im heutigen Litauen geboren. Um 1911 zog ihre Familie aus dem russischen Zarenreich nach Solingen. Ihr Vater, ein Kaufmann jüdischen Glaubens, nahm wenige Jahre später die türkische Staatsbürgerschaft an, vermutlich um Repressionen gegenüber russischen Juden zu entgehen.

Im Jahr 1919 schrieb sich Jenny Gussyk unter der Matrikelnummer 2 als erste Frau an der neu gegründeten Universität zu Köln ein. Ihr Studium beendete sie 1923 mit der Note 1. Auch Antisemitismus war weit vor 1933 in der Studierendenschaft verbreitet. Bereits 1920 gab es Diskussionen in der Studierendenschaft jüdischen Personen die Zugehörigkeit zur "Deutschen Studentenschaft" zu entziehen.

Jenny Gussyk war politisch aktiv und links. Sie engagierte sich im AstA und schrieb ihre Diplomarbeit über den französischen Sozialisten und Pazifisten Jean Jaurès. Schriften von Jenny Gussyk sind leider nicht erhalten. Ihre fertiggestellte Dissertation wurde abgelehnt, da sie angeblich „zu sehr kommunistisch durchdringen sei“. Nach ihrem Studium arbeitete Jenny Gussyk als Betriebswirtin in Berlin und heiratete den Kommunisten sowie Publizisten Karl Stucke. Dieser wurde nach 1933 mehrfach verhaftet und 1940 im KZ Sachsenhausen ermordet. Jenny Gussyk tauchte daraufhin unter, wurde jedoch nach einer Denunziation verhaftet und 1944 in Auschwitz ermordet.

Jenny Gussyk verdient Würdigung. Sie wurde als Frau, als Ausländerin, als Jüdin mehrfach marginalisiert,



BILDER: KÖLNER UNIVERSITÄTSARCHIV

war aber dennoch enorm engagiert und politisch aktiv. Personen, wie Jenny Gussyk zu gedenken, macht sichtbar, wie Personen in einer zutiefst antisemitischen, rassistischen und sexistischen Gesellschaft Widerstand geleistet haben. ✦

Lfd. Nr.	Tag der Einschreibung	Des Eingeschriebenen		Tag und Jahr der Geburt	Heimatsort (Wohnort der Eltern)	Regierungsbezirk (des Heimatsorts)
		Name	Vorname			
		Sommer-Semester 1919.				
2	11. IV.	Gussyk	Jenny		Solingen	

Mit diesem Motto gingen die Gewerkschaft ver.di gemeinsam mit ihren Schwestergewerkschaften GEW, IG BAU und GdP auf die Straße, um für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne zu streiken. Schulen, Kitas, Krankenhäuser sowie Teile der Landesverwaltungen standen zeitweise still.

Hintergrund waren die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst der Länder. Diese finden in der Regel alle zwei Jahre statt. In diesem Rahmen verhandeln die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder (mit Ausnahme von Hessen, das eigene Verhandlungen führt) über ihre Gehälter und Arbeitsbedingungen. Insgesamt betrifft das rund 2,2 Millionen Beschäftigte. Auch die Universitäten gehören zu den Einrichtungen der Länder. Entsprechend wurden ihre Beschäftigten, wie die anderer Bereiche, ebenfalls zum Streik aufgerufen.

Warum wird an Universitäten überhaupt gestreikt? Wissenschaft betreibt man doch aus Überzeugung, Neugier und nicht zuletzt, weil sie Spaß macht. Im Kern ist Wissenschaft, jedoch auch Arbeit, egal ob als wissenschaftliche*r Mitarbeiter*in oder als studentische Hilfskraft. Am Ende müssen wir davon leben können oder teilweise unser Studium damit finanzieren. Und genau das ist oft schwierig. Wer in der Wissenschaft arbeitet, handelt sich häufig von einem befristeten Vertrag zum nächsten. Die Chancen auf eine unbefristete Stelle sind gering, Planungssicherheit gibt es kaum. Dazu kommen oft unbezahlte Überstunden, das Nacharbeiten von Feier- und Krankheitstagen sowie nicht genommener Urlaub.

Diese Umstände werden oft damit gerechtfertigt, dass man froh sein könne, überhaupt in der Wissenschaft zu arbeiten, und dass die Tätigkeit der eigenen akademischen Laufbahn diene. Wer in der Wissenschaft arbeitet, gehört vermeintlich zur akademischen Elite. Doch genau diese Denkweise, die oft schon bei studentischen Hilfskräften im Bachelorstudium vorhanden ist, gilt es zu überwinden. Denn Arbeit in der Wissenschaft ist häufig prekär. Unter dem Hashtag #IchBinHanna erhielt dieses Thema 2021 kurzzeitig große mediale Aufmerksamkeit.

Besonders relevant für uns Studierende ist die gewerkschaftliche Initiative TVStud. Denn die Beschäftigungsbedingungen von studentischen Beschäftigten (bei uns auch SHKs und WHBs genannt) sind oft noch prekärer als die anderer Beschäftigtengruppen. Geprägt sind dort die Arbeitsbedingungen von vielen kurzen Verträgen, geringem Lohn und einem doppelten Machtgefälle zwischen Studierenden/Angestellten und Dozierenden/Arbeitgebenden. Dabei sind studentische Beschäftigte unverzichtbar für den Universitätsbetrieb: Sie halten Tutorien, betreuen Labore, Praktika und Bibliotheken, unterstützen Forschungsprojekte, korrigieren Klausuren und vieles mehr. All diese Umstände führen dazu, dass die Arbeit an der Universität für Studierende stark von Unsicherheit geprägt ist. Während andere Beschäftigte nach Tarifvertrag angestellt sind und durch Personalräte vertreten werden, fehlen solche Strukturen für studentische Beschäftigte

SHK-Rat

Die Stelle zur Vertretung der Belange Studentischer Hilfskräfte ist die Anlaufstelle der Uni für SHKs. Bist du eine SHK und hast da Probleme? Auf der folgenden Website findest du Infos. Oder schreib uns eine Email.

shk-rat.uni-koeln.de
shk-rat@uni-koeln.de



meist vollständig. Genau hier setzt die Initiative TVStud an. Das Ziel: ein Tarifvertrag für studentische Beschäftigte.

Aber jetzt mal halblang! Was ist denn ein Tarifvertrag überhaupt? Ein Tarifvertrag ist ein Vertrag zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften, der die Rechte und Pflichten beider Seiten regelt, zum Beispiel:

- Wie viel wird gezahlt?
- Unter welchen Bedingungen wird gearbeitet?
- Was passiert im Krankheitsfall?
- Wie viel Urlaub steht einem zu?

Der TVStud wäre ein solcher Tarifvertrag speziell für studentische Beschäftigte. Allerdings muss dieser erst erkämpft werden. Denn einen solchen Tarifvertrag gibt es bislang nur in Berlin, dort wurde er bereits in den 1970er Jahren durch Tutor*innenstreiks erkämpft.

In den letzten beiden Tarifrunden des öffentlichen Dienstes der Länder wurden studentische Beschäftigte

ammen



FOTO: KAY HERSCHELMANN

jedoch erstmals stärker berücksichtigt. 2023 wurde eine Vereinbarung zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften geschlossen. Zum ersten Mal konnten studentische Beschäftigte dabei über ihre Arbeitsbedingungen und ihr Gehalt mitsprechen. Vereinbart wurden unter anderem eine Mindestvertragslaufzeit von 12 Monaten sowie ein Mindeststundenlohn.

Diese Vereinbarung zeigt Wirkung: Im Vergleich zu 2023 sind die Vertragslaufzeiten bis 2025 gestiegen. An eine flächendeckende Einhaltung der Vereinbarung kommen wir leider aber immer noch nicht dran. Gerade deshalb bleibt die Forderung nach einem Tarifvertrag bestehen, da dieser verbindliche Regelungen schaffen würde und Hochschulen stärker in die Pflicht nimmt.

In der Tarifrunde 2025 kam es leider wieder nicht zu einem Tarifvertrag. Die Arbeitgebenden-Vertretung verweigern uns den Tarifvertrag immer noch. Dabei sind die Kosten der Forderung nach dem TVStud nicht sonderlich hoch. Die Tarifrunde 2025 wurde sogar schließlich zu einem Abwehrkampf, da die Mindestvertragslaufzeiten plötzlich wieder in Frage gestellt wurden. Eine Verschlechterung konnte zum Glück aber abgewehrt werden. Das Ergebnis beinhaltet nun aber nur eine gestaffelte Erhöhung des Stundenlohns.

Neben verbindlichen Verträgen braucht es auch starke Mitbestimmungsstrukturen, die deren Umsetzung sichern. In den meisten Bundesländern sind studentische Beschäftigte jedoch (zumindest teilweise) von Mitbestimmung ausgeschlossen. Berlin ist auch hier eine Ausnahme: Dort gibt es

seitlangem studentische Personalräte. Seit 2024 existieren solche Strukturen auch in Brandenburg. In Nordrhein-Westfalen gibt es lediglich sogenannte SHK-Räte. Diese können zwar Probleme benennen, verfügen jedoch anders als Personalräte über keine wirksamen Durchsetzungsinstrumente.

Um langfristig bessere Arbeitsbedingungen für studentische Beschäftigte zu erreichen, braucht es daher echte Personalräte. Auf dem Weg dahin brauchen wir aber zumindest deutlich gestärkte SHK-Räte. Immerhin sollen diese mit der Novellierung des neuen Hochschulgesetzes in NRW wieder verpflichtend eingeführt werden.

Am Ende geht es um mehr als nur bessere Verträge, es geht um Respekt, Anerkennung und faire Bedingungen für alle, die die Universität am Laufen halten. Es geht darum, die Wissenschaft wirklich für alle zugänglich zu machen.

Inzwischen ist der TVStud klarer Bestandteil der Verhandlungen um den Tarifvertrag der Länder. Doch die Veränderungen kommen nicht von allein. Sie entstehen, wenn wir uns zusammenschließen und gemeinsam Druck machen und jetzt nicht aufhören.

✘

Nachdruck!

Alle Tage wieder: Es geht hier um die Freiheit der Wissenschaft, die noch heute weiterhin herangezogen wird, um die angebliche verfassungsmässige Unzulässigkeit von Zivilklauseln zu behaupten bei gleichzeitiger Legitimation von Rüstungsforschung. Wir drucken einen sehr aufschlussreichen, gekürzten Vortrag von Torsten Bultmann - dem ehemaligen Geschäftsführer des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) - aus dem Jahr 2013 ab.

Freiheit und Verantwortung der Wissenschaft

Vortragstyposkript von Torsten Bultmann (BdWi) für die Veranstaltung des AK Zivilklausel der Uni Köln am 2. Mai 2013.

Es hat sich herumgesprochen, dass im Dezember 2012 die baden-württembergische Wissenschaftsministerin Theresia Bauer im Namen ihres Ministeriums ein Positionspapier veröffentlichte, das den ungeheuer bedeutungsschweren Titel »Verantwortung der Wissenschaft statt gesetzlicher Zivilklauseln« trägt.¹ Es dürfte sich dabei um eine Reaktion auf die anhaltenden - und nicht entschiedenen - Auseinandersetzungen innerhalb der Grünen und auf den politischen Druck aus der Hochschulöffentlichkeit handeln, verbindliche Zivilklauseln einzuführen. Gleich auf der ersten Seite heißt es: »Zivilklauseln, die auf das Verbot von Forschungsvorhaben zielen, deren Ergebnisse militärisch nutzbar sein könnten, sind rechtlich nicht zulässig. Sie schränken die im Grundgesetz garantierte Wissenschaftsfreiheit in unzulässiger Weise ein und sie gefährden die Autonomie und Leistungsfähigkeit der Wissenschaft.«

Die Berufung auf ein Grundrecht (Grundgesetz Art. 5 Abs. 3) als Begründung für die Ablehnung der Zivilklausel ist natürlich eine große Münze und verlagert die Debatte ins Grundsätzliche.

Die »Freiheit der Wissenschaft« (FdW) taucht erstmalig in einem deutschen Rechtstext durch Initiative des Historikers Friedrich Dahlmann im Verfassungsentwurf der Frankfurter Paulskirche (1848) auf. Die Forderung danach ist natürlich wesentlich älter. FdW gehört zum Ensemble der klassischen bürgerlichen Grundrechte in ihrer Funktion als Abwehrrechte gegen Fremdbestimmung - und damit als Voraussetzung für Selbstbestimmung und Selbstgesetzgebung. Historisch haben sich die damit verbundenen Vorstellungen schrittweise durchgesetzt im Zuge der Emanzipation der Wissenschaft von der Religion und feudal-absolutistischer Bevormundung. Auf diese Weise entstand überhaupt erst in ihren Anfängen eine geschützte autonome institutionelle Sphäre wissenschaftlicher Vernunft und Erkenntnis mit eigenen Regeln.

Als Schutz- bzw. Abwehrrecht ist Freiheit rein formal und ausschließlich negativ bestimmt: Freiheit von etwas. Das ist zweifelsfrei eine notwendige Stufe der Entfaltung des Freiheitsbegriffes,

aber nie dessen abschließende Definition. Wenn man auf dieser Reflexionsstufe stehen bleibt, lässt sich keinerlei positive Bestimmung über die gesellschaftlichen Ziele und Zwecke von Wissenschaft gewinnen. Es ist die formale Freiheit, Vernichtungswaffen zu erfinden ebenso wie die Freiheit, einen Beitrag zur Lösung des Welthungerproblems zu leisten. Anders gesagt: Wenn ich etwas verhindern will, indem ich mich formal auf die »Freiheit der Wissenschaft« berufe, aber sonst nichts weiter sage, dann habe ich im Grunde genommen auch nichts gesagt und mich der eigentlichen Diskussion entzogen.

Dieser Selbstwiderspruch des Freiheitsbegriffes allgemein - nicht allein der Wissenschaftsfreiheit - war den bedeutenden Denkern und Philosophen durchaus bekannt und wurde von ihnen reflektiert. Gerade weil der Freiheitsbegriff in der öffentlichen Meinung derartig positiv, viel versprechend und emphatisch besetzt ist, jedoch zugleich in der häufigsten sprachlichen Verwendung inhaltlich unbestimmt und vage bleibt, eignet er sich gerade deswegen dazu eignet, bornierte Partikularinteressen damit zu tarnen. So ist es auch heute einfacher, sich formalistisch und inhaltsfrei auf »Freiheit« zu berufen statt politisch einzugestehen, eine Kooperation mit der Kriegswirtschaft für sich als Wissenschaftler nicht ausschließen zu wollen.

Es gibt eine lange Geschichte der Interpretation von GG 5,3 durch das Bundesverfassungsgericht (BVG). Diese ist wesentlich komplexer und differenzierter als der Wissenschaftsfreiheitsbegriff des eingangs zitierten Bauer-Papiers. Sie schwankt zwischen den Polen, Wissenschaftsfreiheit einerseits als (negatives) Individualrecht zu definieren, aber andererseits auch als Recht kompletter wissenschaftlicher Institutionen (»institutionelle Wissenschaftsfreiheit«). Letzteres ist nur möglich und überhaupt denkbar in Verbindung mit Verfahren der Willensbildung und Entscheidungsfindung. Diese legt etwa das berühmte Karlsruher Mitbestimmungsurteil von 1973 fest. Es wird einerseits - zu recht - interpretiert als Einleitung der Entdemokratisierung der Hochschulreform, weil es sich richtete gegen die Drittelparität in Hochschulgesetzentwürfen ein-

zelner Bundesländer (Bremen, Niedersachsen) und eine zwingende Professorenmehrheit in grundlegenden akademischen Fragen vorschreibt. Gleichzeitig wird aber damit positiv die Gruppenuniversität definiert, wenn auch mit ungleicher Stimmengewichtung der einzelnen Statusgruppen. Das heißt aber auch, dass Willensbildung im Sinne von Mehrheitsentscheidungen möglich ist. Ergo: Hochschulgremien können für Ihre Einrichtung Ziele definieren, nicht zuletzt im Sinne auch einer Zivilklausel. Wenn sich folglich die Selbstverpflichtung auf zivile Forschungsziele gegen die individuellen Forschungsinteressen einzelner Professoren der Hochschule richtet, ist dies rechtlich zulässig. Der Widerspruch zwischen Wissenschaftsfreiheit (FdW) und Zivilklausel, den das Bauer-Papier aufmacht, existiert folglich nicht.

Positiv gesagt: Die Definition von FdW ist immer ein Resultat der Abwägung unterschiedlicher – teilweise konkurrierender – Interessen und Rechte (wie bei den meisten Rechtsinterpretationen übrigens auch). In dem Moment, wo ich dies versuche, begeben mich auf das Terrain der Politik. Materialistisch kann ich Freiheit immer nur definieren als ein gesellschaftliches Verhältnis, d. h. als ein Verhältnis verschiedener Interessen zueinander. Nur so gewinnt der Begriff überhaupt erst einen gesellschaftlichen Inhalt. Daher wird es auch nie eine abschließende, objektive, politisch konsensfähige oder gar essentialistische Definition von Wissenschaftsfreiheit geben. Das Ganze ist vielmehr eine Frage politischer Kräfteverhältnisse und der Erlangung öffentlicher Definitionsmacht. So kann man selbst in der Zeitschrift des konservativen Deutschen Hochschulverbandes (DHV), der Standesorganisation der Universitätsprofessoren, folgendes lesen: »Eine Berufung auf das Forschungsfreiheitsprinzip ist deshalb nie dazu geeignet, eine öffentliche Auseinandersetzung über die Ziele und Mittel der Wissenschaft zu ersetzen. Sie sollte nie das Ende, sondern idealerweise immer Anfang einer solchen Diskussion markieren.«⁴

Der aktuelle Umbau der Hochschulen folgt dem wettbewerblichen Leitbild der »unternehmerischen Hochschule«. Das heißt, dass die Ziele der Wissenschaft zunehmend weniger durch kooperative Vereinbarungen, sondern indirekt und von außen bestimmt werden. Nun wissen wir aber, dass emanzipatorische, d.h. soziale, ökologische und im weitesten Sinne anti-militaristische Zielsetzungen nicht durch Wirtschafts- und Wissenschaftsmärkte selbst hervorgebracht werden können, sondern politisch implementiert werden müssen. Das öffentliche Hochschulsystem (mit einem weitgehenden Verbot von Geheimhaltung) ist dafür der am meisten geeignete Ort. So sollten Zivilklauseln nicht nur unter dem Aspekt der Verhinderung, sondern vor allem unter dem der Ermöglichung diskutiert werden: als Selbstver-

pflichtung der Hochschulen an humanen Lösungen globaler Krisen und Konflikten mitzuwirken. Das bezieht sich nicht nur auf explizit anti-militärische Forschungsziele, sondern bedeutet etwa auch die wissenschaftliche Herausforderung einer gerechten globalen Verteilung von Lebenschancen und Ressourcen, zumal die meisten kriegerischen Konflikte in Ressourcenauseinandersetzungen wurzeln.

Dem entgegengesetzt wird Krieg zunehmend zu einem akzeptierten Mittel der Politik im Sinne globaler Interventionsfähigkeit – nicht zuletzt für privilegierte globale Ressourcensicherung. Das geht einher mit dem Versprechen sog. »sauberer Kriege« infolge technologischer Fortschritte (Drohnen, Robotronik). In dem Sinne stehen wir offenbar am Anfang einer neuen Runde des technologischen Wettrüstens, womit auch das Interesse der dies betreibenden Kräfte an der Hochschulforschung wächst. In der Friedensforschung war es immer unbestritten, dass Wettrüsten eine eigenständige Verstärkung von Kriegsgefahr bedeutet, weil es darauf abzielt, asymmetrische Vorteile in hypothetischen Gefechtssituationen zu erlangen. Damit verbunden ist die Neigung, diese Vorteile im Sinne der Durchsetzung politischer Interessen zu nutzen, auch in Formen der Erpressung unterhalb direkter Gewaltanwendung.

Die Zivilklausel war daher nie so wichtig wie heute!

Die Freiheit, sein Leben zu verbessern – das Wort ‚Leben‘ im einfachsten Sinne verstanden – ist die elementarste aller Freiheiten des Menschen. Von ihr hängt die Entwicklung der Kultur ab, und es hat keinen Sinn, über Freiheit und Kultur zu sprechen, wenn nicht diese Freiheit, das Leben zu verbessern, besprochen wird. Die erste Bedingung eines besseren Lebens ist ... der Friede, die Sicherheit des Friedens. Lassen Sie uns doch alle gesellschaftlichen Systeme, an die wir denken mögen, zu allererst daraufhin untersuchen, ob sie ohne Krieg auskommen. Lassen Sie uns zuallererst um die Freiheit kämpfen, Frieden verlangen zu dürfen. Sage keiner: Erst müssen wir darüber sprechen, was für ein Friede es sein soll. Sage jeder: Erst soll es Friede sein. Dulden wir da keine Ausflucht, scheuen wir da nicht den Vorwurf, primitiv zu sein! Seien wir einfach für den Frieden! Diffamieren wir alle Regierungen, die den Krieg nicht diffamieren! Erlauben wir nicht, daß über die Zukunft der Kultur die Atombombe entscheidet! Man hat gesagt, die Freiheit entsteht dadurch, daß man sie sich nimmt. Nehmen wir uns also zu allererst die Freiheit, für den Frieden zu arbeiten!‘

Brecht, 1951

Brief an den Kongress für kulturelle Freiheit

Der AK Kritisches Lehramt stellt sich vor

Seit Januar 2026 arbeiten wir als Gruppe von Studierenden, Referendar*innen und engagierten Lehrkräften im Arbeitskreis Kritisches Lehramt an der HumF zusammen. Wir betrachten weder die Uni, noch das Zentrum für schulpraktische Lehrerausbildung (ZfSL) oder die Schulen als politisch neutrale Orte und möchten drängende Fragen angehen, die das Lehramt strukturell und inhaltlich sowie die Lehramtsstudierenden an sich betreffen.

Denn seit einiger Zeit häufen sich die Berichte über Lehrkräfte, die von Schüler*innen und Eltern bedroht werden, da sie in ihrem Unterricht rechte Parolen und Symbole wie den Hitlergruß oder das White-Power-Zeichen untersagen und den Aussagen von AfD und anderen rechten Akteuren widersprechen. Auch im Umgang mit den Kriegen in Nahost kommt es in der Schule zu Konflikten, zu denen sich die Lehrkräfte souverän verhalten müssen.

Doch vermissen sie häufig die Unterstützung durch das Kollegium und die Schulleitung, wenn sie über ihre Erfahrungen sprechen. Viele fühlen sich orientierungslos im Zusammenhang mit internationalen Konflikten, mit rechtsradikalen und verschwörungsideologischen Äußerungen. Oft halten sie sich zurück und sind sich unsicher, inwiefern sie als Beamte zu Neutralität und Mäßigung verpflichtet sind.

Ähnlich verhält es sich bei den Lehramtsstudierenden:

Fragt man die Kommiliton*innen, so herrscht große Unsicherheit bezüglich politischer Stellungnahmen. Darf ich im Unterricht politische Äußerungen tätigen? Muss ich als Lehrkraft politisch neutral sein? Wann darf ich, wann muss ich politischen Aussagen widersprechen? Welche Bedeutung haben

der Beutelsbacher Konsens und der Dienstleid als verbeamtete Lehrkraft auf den Unterricht?

Genau bei diesen Fragen scheint das Lehramtsstudium in Köln recht schwach aufgestellt zu sein. Bis zum Ende des Masters findet keine flächendeckende akademische Auseinandersetzung mit der Rolle von Lehrkräften als politische Bildungsakteur*innen statt. Dabei ist die Uni Köln mit rund 11 000 Lehramtsstudierenden einer der größten Standorte der Lehramtsausbildung in ganz Europa und bietet über 1000 verschiedene Fächerkombinationen an. Nicht erst im Referendariat könnte die Gelegenheit genutzt werden, diskursiv und im Sinne des kritisch-reflektierenden Bildungsauftrages bereits an der Uni in Seminaren über politische Positionierung und den Selbstschutz von Lehrkräften als politische Individuen zu sprechen. Viel Potenzial steckt in diesem Thema, doch scheint es keine breite Initiative zu geben, die sowohl den angehenden als auch den bereits

unterrichtenden Lehrkräften den Rücken stärkt und ihnen Handlungsmöglichkeiten eröffnet.

Auch eine grundlegende Auseinandersetzung über das Verhältnis von Theorie und Praxis in Lehramtsstudium und Referendariat sowie über die soziale Lage der Studierenden, die in den Praxisphasen oft mit Nebenjob und langen Pendelstrecken an ihre Grenzen stoßen, halten wir für dringend notwendig. Gleichzeitig erleben wir jedoch an den Universitäten und Studierendenwerken in NRW und bundesweit Kürzungen. An den Schulen ist die politische Bildungsarbeit auch durch Einschränkungen von Fördermitteln für außerschulische Bildungsvereine ebenfalls zu spüren. So können z.B. weniger Projekte zu den Themen Rassismus, Sexismus, Umgang mit Sozialen Medien oder Verschwörungsideologien angeboten werden. An ihrer Stelle darf sich die Bundeswehr als Arbeitgeberin und Orientierungspunkt für junge Menschen positionieren. Dieser Entwicklung ist aus kritisch-solidarischer Perspektive auch an der Uni bereits klar entgegenzutreten.

Wir brauchen eine digitale Bildungsoffensive, um die Jugend durch eigenständigen und kritischen Umgang mit sozialen Medien und KI zu ermächtigen! Wir brauchen mehr unterstützendes Material und Schulungen für Lehrkräfte und Lehramtsstudis, damit diese mit ihren Schüler*innen komplexe politische Themen behandeln können und sich nicht ohnmächtig fühlen! Wir brauchen mehr Räume für politischen Austausch statt Kürzungen im gesamten Bildungsbereich!

Diese Räume möchten wir als AK Kritisches Lehramt ermöglichen und die dringend notwendigen Reformen gemeinsam mit den Kommiliton*innen, der GEW und den Fachschaften anstoßen. Lehramtsstudis, Referendar*innen und Lehrkräfte aller achbereiche und Schulformen sind herzlich eingeladen, bei unseren Treffen, die meist Café Chaos in der HumF stattfinden, vorbeizukommen. Für den Termin des nächsten Treffens kontaktiert uns einfach per Mail (ak-kritisches-lehramt@uni-koeln.de) oder schaut bei unserer Kennenlern-Veranstaltung (Donnerstag, den 16. April, 18 Uhr, HumF) im Rahmen der Kritischen Einführungswoche vorbei! ✨

Stellungnahme der Philosophischen Fakultät der Universität zu Köln gegen die geplanten Kürzungen im Hochschulbereich

Die NRW-Landesregierung hat gravierende Kürzungen im Umfang von 150 Millionen Euro im Hochschulbereich angekündigt. Schon in der Vergangenheit hat die Grundfinanzierung der Hochschulen zur Erfüllung ihrer Aufgaben in Wissenschaft und Gesellschaft nicht ausgereicht. Die Philosophische Fakultät der Universität zu Köln lehnt diese Kürzungen entschieden und nachdrücklich ab.

Die geplanten Kürzungen würden zu einem erheblichen Personalabbau an unserer Fakultät führen, mit tiefgreifenden Auswirkungen auf Lehre, Forschung und die Studienbedingungen. Konkret drohen der Philosophischen Fakultät der Wegfall von ca. 600 Studienplätzen, 12 Professuren und doppelt so vielen wissenschaftlichen Mitarbeiter*innenstellen sowie weiteren Stellen im administrativ-technischen Bereich. Die damit verbundenen fachlichen Kompetenzen und die Studienplätze gingen der Universität dauerhaft verloren.

Die Universität zu Köln bekennt sich in ihrer Grundordnung zu Demokratie, Nachhaltigkeit, Frieden und lebenslangem Lernen. Um den gravierenden Herausforderungen unserer Zeit zu begegnen, bedarf es differenzierten Denkens, historischer Einordnung, ethischer Reflexion, sprachlicher Präzision, kultureller Übersetzung und wissenschaftlicher Aufklärung – Kompetenzen, die insbesondere die Geistes- und Kulturwissenschaften vermitteln. Gerade in der aktuellen Zeit braucht es mehr – nicht weniger – geisteswissenschaftliche Bildung, Forschung und kritische Intervention.

Die Philosophische Fakultät trägt entscheidend zur Ausbildung zukünftiger Lehrer*innen, zur kritischen Medienbildung, zur Erforschung kultureller Transformationen, zur Analyse globaler Zusammenhänge und zum differenzierten und kritischen Umgang mit Digitalisierung und KI bei. Angesichts der Gefährdung der Demokratie, des erstarkenden Rechtsextremismus, der zunehmenden sozialen Ungleichheit und der Bedrohungen durch Kriege sind unsere Forschung und Lehre unabdingbar.

Unsere Disziplinen und Fachgebiete reichen von Sprach- und Literaturwissenschaften über Geschichte, Philosophie, Theologie, Kunst, Musik und Medien bis hin zu Archäologie, Global South Studies, Mensch-Umwelt-Beziehungen und Klimawandel-Folgenforschung. Mit ihren vielfältigen internationalen Beziehungen zu anderen europäischen Staaten sowie nach Asien, Afrika, dem Nahen Osten, Nord- und Lateinamerika erweitert die Philosophische Fakultät den Horizont universitärer Bildung. Sie fördert die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Wissenssystemen, trägt zu interkultureller Verständigung bei und stärkt die akademische Zusammenarbeit über gesellschaftliche, kulturelle und geopolitische Grenzen hinweg – und schafft damit eine Grundlage für eine friedlichere und gerechtere Welt. Ein Stellenabbau würde die Fähigkeit der Philosophischen Fakultät erheblich beeinträchtigen, zukunftsrelevante Erkenntnisse zu zentralen Gegenwartsfragen zu entwickeln und an die Gesellschaft weiterzugeben.

Die Philosophische Fakultät fordert daher die NRW-Landesregierung auf:

- Verzicht auf Kürzungen im Hochschulbereich.
- Eine ausreichende und verlässliche Grundfinanzierung der Hochschulen.
- Eine offene und dringende Debatte über die Zukunft des Wissenschaftsstandorts NRW.

Kürzungen an Bildung und Wissenschaft sind Kürzungen an unserer gemeinsamen Zukunft. Wir sehen darin eine tiefgreifende Bedrohung für wissenschaftliche Innovation, soziale Teilhabe und Demokratie.

Internationaler Austausch und die "globale Verantwortung" der Universität

Interview mit Susanne Preuschoff vom "International Office"

Liebe Susanne Preuschoff, Sie sind im International Office zuständig für internationale Studierende. Was ist das International Office und worin besteht Ihre Aufgabe?

Ich leite die Abteilung "Internationale Studierende" im Dezernat Internationales. In dieser Abteilung begleiten wir die internationalen Studierenden, die sogenannten "Drittstaatler*innen", die an die Uni Köln kommen, von der Studienvorbereitung über die Bewerbung, Zulassung und Einschreibung, den Studienstart bis zum Übergang in den Arbeitsmarkt.

Zahlreiche internationale Studierende kommen aus Ländern, in denen politische Verfolgung und Krieg an der Tagesordnung sind und bange täglich um Angehörige und Freunde. Gleichzeitig sind sie hier mit einer Politik konfrontiert, die zunehmend auf Nationalismus und Abschottung setzt. Was ist nötig, um internationale Studierende zu stärken und Ihre Lage zu verbessern?

Viele internationale Studierende der Universität zu Köln kommen aus Krisenländern. Ukraine und Iran sind aktuell zahlenmäßig als Herkunftsländer besonders zu nennen. Und ja, diese jungen Menschen leisten eine unglaubliche psychische Arbeit. Sie müssen hier bei uns ihr Studium absolvieren und sich um die Angehörigen zuhause sorgen. Vor allem für die iranischen Studierenden kommen aufgrund der Embargo-Situation noch enorme finanzielle Schwierigkeiten hinzu. Wir alle, die an der direkten Schnittstelle zu den Studierenden beraten und mit ihnen täglich sprechen, wissen, wie wichtig jedes Gespräch und jeder Kontakt ist. Wir können nur immer wieder versuchen im Einzelfall zu unterstützen und das Gefühl zu geben, es wird zugehört und sich gekümmert.

Wir würden uns vor allem wünschen, dass es mehr Angebote der psychologischen Unterstützung in den jeweiligen Landessprachen gibt.

Sie haben das "Global Responsibility" Projekt mit initiiert, bei dem es um die Verantwortung der Hochschule für eine global nachhaltige Entwicklung und einen Beitrag zur Verwirklichung der "Sustainable Development Goals" der Vereinten Nationen geht. Was hat Sie zu dieser

Initiative veranlasst und welche Bedeutung messen sie den Hochschulen bei, gerade in diesen Zeiten die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen zu stärken?

Schon 2013 haben wir in der Abteilung "Internationale Studierende" neben den Sachgebieten "Zulassung", "Studienstart" und "Betreuung" ein viertes Sachgebiet "Zusammenarbeit mit dem Globalen Süden" gegründet. In diesem Sachgebiet wurde die regionale Zuständigkeit für die Zusammenarbeit mit Ländern im Globalen Süden kompetenztechnisch abgebildet und die ersten Drittmittelprojekte eingeworben. Dieses Sachgebiet hat sich dann relativ schnell weiterentwickelt, das Team wurde größer, die Studienvorbereitung für Geflüchtete und das Programm "Lehrkräfte plus" kam dazu, sodass schnell klar wurde, dass sich auch der Name ändern muss.

Der neue Name sollte die Zusammenarbeit auf Augenhöhe beschreiben und auch die Transferleistungen in die Region Köln einschließen. Nach langer Überlegung haben wir uns 2016 für "Global Responsibility" entschieden und als vermittelnde "Sprache" für die Darstellung unserer Arbeit die SDG genutzt. So ist es, wie Sie richtig sagen, noch immer auf unserer Internetseite zu sehen.

Das Selbstverständnis der gesamten Drittmittelinitiative war seinerzeit, dass ein International Office die Möglichkeit hat, in die Beobachterperspektive der eigenen Institution zu gehen und Menschen verschiedener Fakultäten inhaltlich zu vernetzen und auch Anregungen für regionale Ausrichtungen zu geben, die sonst nicht in Betracht gezogen wären.

Die Erfolge bei der Drittmittelinwerbung zeigen, wie wichtig die fakultätsübergreifende verbindende Funktion des International Office für die gesamte Universität sein kann.

Zum Selbstverständnis der Universität im Rahmen der "Global Responsibility" gehört auch, dass Erkenntnisse in Europa und global verbreitet werden, um eine nachhaltige Entwicklung zu stärken. Dieses Ziel entspricht auch der Zivilklausel in der Grundordnung der Universität, in der es explizit heißt, dass die Hochschule Beiträge zu Frieden, Nachhaltigkeit und Demokratie entwickelt, und zwar insbesondere in ihrer internationalen

Zusammenarbeit". Sie haben in der Vergangenheit auch immer wieder betont, wie wichtig Ihnen in diesem Zusammenhang ist, dass Kooperationen auf Augenhöhe stattfinden. Wie bewerten Sie vor diesem Hintergrund die aktuellen wissenschaftspolitischen Entwicklungen?

Die Zusammenarbeit auf Augenhöhe ist, wie ich ja auch bereits bei der Namensgebung beschrieb, die große Triebfeder für die "Global Responsibility" Idee. Ganz konkret erleben wir zum Beispiel bei jedem Treffen des UNIMED Netzwerkes (Mediterranean Universities Union), dessen Mitglied wir als Uni Köln sind, dass wir viel von den Partner-Unis lernen können, die in größten Krisenzeiten ihren Lehr- und Lernbetrieb aufrecht erhalten. Manche der Partner-Unis dort besitzen nicht einmal mehr einen umbauten Raum und nutzen virtuelle Lehr- und Lernmethoden mittlerweile sehr professionalisiert.

Wir hier in der Verwaltung der Universität zu Köln können die weltpolitischen Tendenzen nicht verändern und auch nicht aufhalten, aber wir möchten immer wieder an den geeigneten Stellen betonen, dass die Universität zu Köln in der Zusammenarbeit mit Partnern in der Welt oft einen kleinen Unterschied machen kann und dass auch gefühlt kleine Impulse große Wirkung haben können. Die Universität zu Köln als Partner in einem Erasmus+ Capacity Building Projekt zu haben, oder für einzelne Institutskooperationen, kann für die Partneruniversität von großer Bedeutung sein.

Noch eine spezifische Frage zu Wissenschaftskooperationen der Universität: Die medizinische Fakultät kooperiert mit der An Najah Universität in der Westbank, und es gibt Überlegungen, wie diese Kooperation auch auf andere Fakultäten ausgeweitet werden kann. Wenigen ist wahrscheinlich bekannt, dass der Bildungsgrad und auch die Studierendennrate in den palästinensischen Gebieten erstaunlich hoch sind und Bildung und Kultur extrem wertgeschätzt werden. Nun hat der Krieg in Gaza sich gerade gegen alle zivilisatorischen Errungenschaften wie eben das Bildungssystem gerichtet, die Vereinten Nationen sprechen von einem Scholastizid, sämtliche Hochschulen sind angegriffen worden. Können Sie etwas dazu sagen, worin die Kooperation mit der An Najah Universität besteht und welche Bedeutung sie dieser Kooperation beimessen?

Grundlage für die enge Kooperation mit der An-Najah Universität war die enge Zusammenarbeit mit der medizinischen Fakultät, die auch nach wie vor weiter besteht. Mittlerweile wird die Zusammenarbeit auf die Geisteswissenschaften ausgeweitet und weitere Delegationsbesuche werden erwartet.

Auf Fragen von Kolleg*innen in der Universität, die auf Anfragen der Kolleg*innen der An-Najah Universität reagieren wollen, antworten wir unterstützend, beschreiben noch einmal den Hintergrund der Kooperation und zeigen auf diese Weise, dass die Zusammenarbeit eine gesamtuniversitäre Ebene erreicht hat, die dann wieder ermutigt, nächste Schritte zu tun. Das ist ein gutes Beispiel für den Unterschied, den die Kooperation mit der Universität zu Köln für die An-Najah Universität machen kann.

Das International Office feiert 2028 sein hundertjähriges Bestehen. Welche Lehren sind aus Ihrer Sicht aus der Geschichte internationaler Zusammenarbeit für heute zu ziehen?

Die International Offices sind damals gegründet worden, um die Wiederintegration der deutschen Hochschulen in die internationale Wissenschaftslandschaft zu unterstützen. Umso wichtiger ist es heute, Hochschulen, Wissenschaftler*innen und Studierenden aus dem Globalen Süden eine entsprechende Unterstützung durch internationale Wissenschaftskooperationen zu geben.

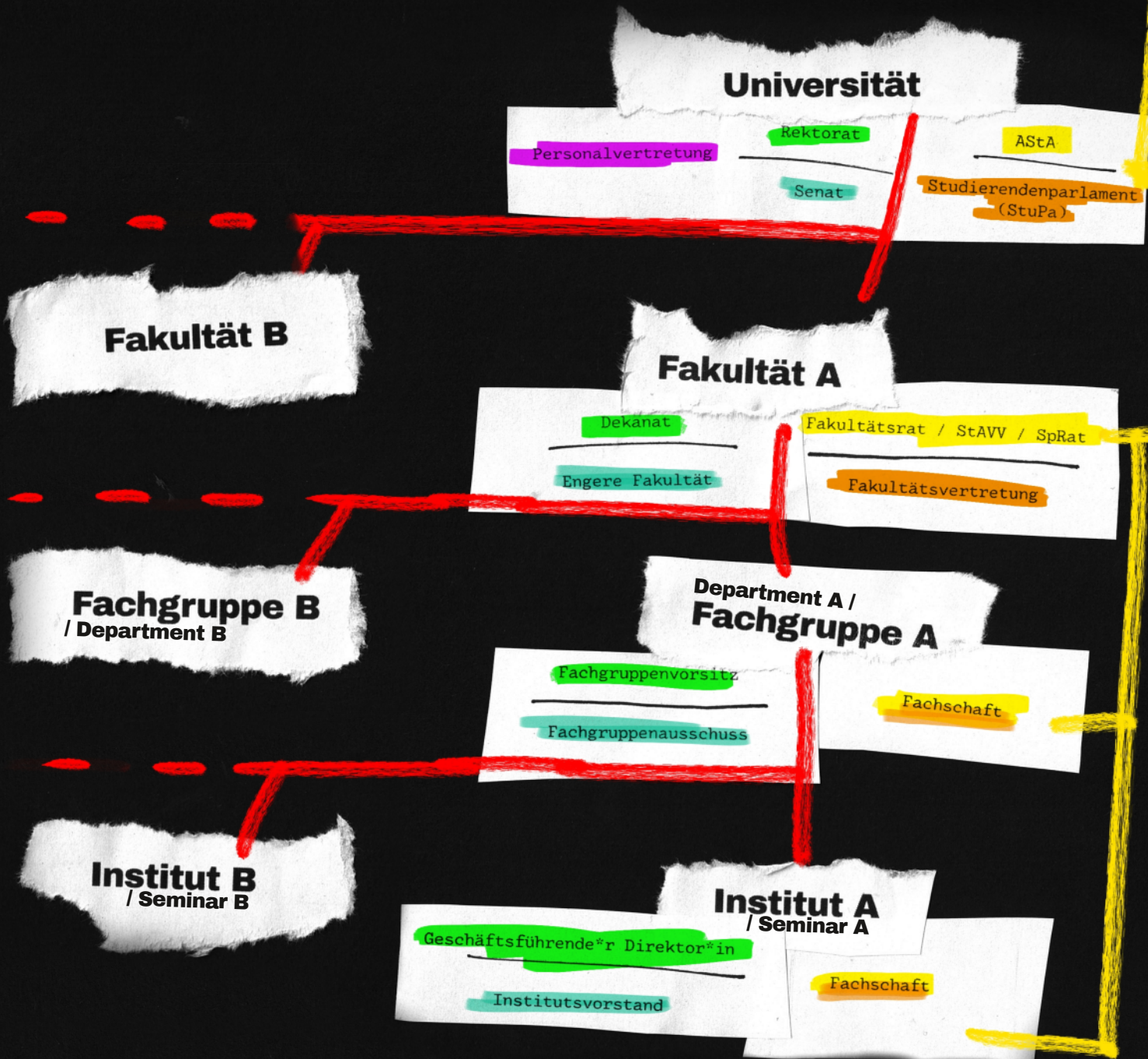
Wir sind sehr stolz darauf, uns auf den 100. Geburtstag vorzubereiten. Der gedankliche Stoff, der unser gesamtes Team zusammenhält, ist die Gewissheit, dass wir täglich zur Völkerverständigung beitragen. Wir sind sicher, dass wir mit unserer Arbeit einen Unterschied machen und freuen uns 2028 auf ein gemeinsames Fest, das diese Arbeit auf besondere Weise sichtbar macht. ✨

Mitmischen

Wir möchten euch einladen!!!

Hochschulpolitik ist Gesellschaftspolitik und die Hochschulen sind umkämpft - das bezeugt allein schon diese Vorlaut. Und vielleicht bist du neugierig, vielleicht kribbelt es dir in den Fingern, da mitzumischen - jedenfalls hoffen wir, euch u.a. mit dieser Vorlaut Lust zu machen, das Studium nicht nur über euch ergehen zu lassen, sondern euch einzumischen. Und wir und andere an der Hochschule Aktive brauchen euch auch als Mitstreiter*innen!

Deshalb soll euch diese Doppelseite eine Orientierung geben, wo dies an unserer Uni möglich ist.



StuPa und AStA

Das Studierendenparlament, kurz StuPa, ist das uniweite studentische Parlament und der politisch am meisten umkämpfte Teil der Verfassten Studierendenschaft und wird jährlich im Dezember durch alle Studis gewählt. Das StuPa fasst Beschlüsse zu hochschul- und gesellschaftspolitischen Themen, beauftragt und kontrolliert seine Exekutive, den AStA und entsendet Mitglieder in verschiedene Gremien der Uni.

Der AStA besteht aus den Gruppen SDS (13), Wendepunkt (4), IJV (3). Außerdem sind im StuPa: Jusos (3), c:g (7), Unabs (14) B19 (4) und JU (3)

Fachschaften

In Fachschaften organisieren sich die Studis, die zusammen studieren - im selben oder in benachbarten Studiengängen, jedenfalls die gleichen Vorlesungen, Seminare, Übungen oder Laborpraktika besuchen. Je nach Fakultät sind die Fachschaften an unserer Uni auf Instituts-, Department- oder Fakultätsebene angesiedelt. Die Fachschaften sind viel jünger als die uniweiten studentischen Organisationen und wurden gegründet, um die Kultur in den Fachbereichen zu prägen und sich in die Inhalte einzumischen. Das war immer umkämpft: Die Nazis haben linientreue Fachschaften gegründet, um kritische oder linke Dozierende zu denunzieren. Aus der 68er-Bewegung heraus wurden zahlreiche Fachschaften gegründet, um der elitären Unkultur in den Fachbereichen den Kampf anzusagen, nicht nur bei der Neubesetzung von Professuren, und die Inhalte von Forschung und Lehre gesellschaftskritisch neu auszurichten. Gleichzeitig gab es Gründungen, die sich als serviceorientiert und pragmatisch gezielt von der Studierendenbewegung abgrenzten.

Autonome Referate

In den autonomen Referaten organisieren sich in der Regel Studierende kleinerer Gruppen, deren Interessen ansonsten zu oft unterzugehen drohen oder die in unserer Gesellschaft diskriminiert werden. Sie stellen sich und ihre Arbeit auf Seite 32 vor.

Hochschulgruppen / Initiativen

An der Uni gibt es zahlreiche studentische Initiativen und Hochschulgruppen. Die Spanne ist breit: Hochschulpolitische Gruppen, die jährlich zu den Wahlen von Unigremien, Stupa & Co. antreten und die oft mit bundespolitischen Parteien assoziiert sind; gewerkschaftliche Gruppen; religiöse Gruppen; thematische Gruppen wie der AK Zivilklausel; internationale Hochschulgruppen, in denen Studierende die Kultur ihrer Herkunftsländer pflegen; bis hin zu Initiativen wie der Refugee Law Clinic.

Kritische Wissenschaften

In Gruppen der Kritischen Wissenschaften organisieren sich Studis, die die Ausrichtung ihres Fachbereichs infrage stellen oder die aus ihrem Fach heraus in gesellschaftliche Kontroversen treten und z.B. Gegenexpertise für Bewegungen produzieren. Zum Beispiel veranstalten sie Vorträge zur kritischen Auseinandersetzung mit in ihrem Fach verbreiteten Theorien und zu Themen, die in ihrem Studium nicht vorkommen oder bringen sich aus ihrem Fach heraus in gesellschaftliche Diskurse ein.

Warum ist das alles so kompliziert?

An Unis geht es darum Neues zu entwickeln und das lässt sich nicht Top-Down verordnen, sondern muss von unten entwickelt werden; gleichzeitig muss all das Neue natürlich laufend abgesprochen werden - allein schon weil die Ressourcen endlich sind.

Um dies zu organisieren, ist unsere Uni in vier Ebenen organisiert, die je nach Fakultät sehr unterschiedlich ausgeprägt sind (manchmal sind Institute und Departments auch nicht voneinander getrennt):

Institute (manchmal auch Seminare genannt) sind Organisationseinheiten mit einem gemeinsamen Forschungsbereich.

Departments / Fachgruppen umfassen mehrere Institute und organisieren gemeinsam ihre Lehre. Departments / Fachgruppen mit ähnlicher Arbeitsweise bilden wiederum gemeinsam eine Fakultät.

Und dann gibt es natürlich noch die Uni als Ganze

Auf allen Ebenen gibt es Gremien aus Profs, Studierenden und Mitarbeitenden, das sind Parlamente, in denen die zentralen Entwicklungsfragen diskutiert werden und die bei Kontroversen das letzte Wort haben. Sie haben jeweils eine Exekutive, die ihre Beschlüsse umsetzt. Daneben gibt es Interessenvertretungen, in denen die Mitarbeitenden bzw. wir Studierende uns organisieren, um unsere spezifischen Belange zu organisieren (z.B. das Semesterticket) und sowohl in die Gremien als auch in die Öffentlichkeit hinein zu wirken. Auch sie sind meist in Parlament und Exekutive aufgeteilt, auf Uniebene sind das z.B. das Studierendenparlament und seine Exekutive, der AStA.

Die Uni vom Kopf auf die Füße stellen!

Unsere Rede auf der Kundgebung zur Rettung der Disability Studies

Wir erleben zurzeit einen massiven Angriff auf die soziale Infrastruktur und eine Infragestellung von lang erstrittenen Rechten, wie zum Beispiel den 8-Stunden Tag oder Assistenzdienstleistungen für Menschen mit Behinderung.

Diese Angriffe leisten der zunehmenden Rechtsentwicklung in der Gesellschaft zusätzlich Vorschub, sie sind ein Angriff auf uns alle.

Auch die Kürzungen an den Hochschulen und Universitäten gliedern sich nahtlos darin ein.

Die Disability Studies, die Gerontologie, die Frühförderung und die Politikwissenschaften forschen zu, für und mit Menschen, die durch das kapitalistische System an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden.

Die Disability Studies im speziellen, sind ein transdisziplinäres, international ausgerichtetes und höchst innovatives Forschungsfeld, das traditionelle Sichtweisen auf Behinderung hinterfragt und neue Denkweisen anregt:

Im Mittelpunkt steht die Analyse von Behinderung als soziales Phänomen.

Ihr Ansatz ist damit gesellschaftskritisch und grundagentheoretisch angelegt. Behinderung wird nicht als individuelles Defizit verstanden, sondern als Verlust oder Einschränkung gleicher Partizipationsmöglichkeiten aufgrund psychischer, sozialer oder räumlicher Barrieren.

Indem die Disability Studies die Perspektiven behinderter Menschen in den Mittelpunkt stellen und auf Selbstbestimmung und den Abbau struktureller Unterdrückung zielen, machen sie deutlich, dass die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention keine freiwillige Sozialleistung, sondern die Verwirklichung grundlegender Menschenrechte ist.

Entgegen dieser gesellschaftskritischen und emanzipatorischen Forschung und Lehre innerhalb der Disability Studies steht die zunehmende Fokussierung auf kapitalistische Verwertbarkeit durch die Rechtsentwicklung und zunehmender Militarisierung der Gesellschaft.

Diese Fachbereiche und Studiengänge zu streichen bedeutet also auch den Versuch Kritik an den bestehenden Verhältnissen und Veränderung dieser klein zuhalten.

Wir als Studierende wollen, jedoch mit unseren Kommiliton*innen und Kolleg*innen das System vom Kopf auf die Füße stellen.

Wir wollen nicht schnellstmöglich Prüfungsstoff durch unsere Köpfe jagen und auf dem Arbeitsmarkt um die beste Verwertung unserer selbst konkurrieren, sondern uns umfassend bilden und lernen kritisch zu hinterfragen.

Wir wollen keine Forschung, die von Drittmitteln abhängig ist, wir wollen Forschung, die ausfinanziert ist, um unsere Welt zu verändern.

Wir wollen und brauchen keine Kasernen und Panzer, sondern gut ausgestattete Universitäten, an denen wir internationale Kooperationen und Völkerfreundschaft vorantreiben können.

Wir wollen die Kürzungen also nicht nur abwehren, sondern streiten weiter gemeinsam für eine Universität, die die brennenden Fragen unserer Zeit, wie Klimawandel, Krieg und Krise, sowie soziale Ungleichheit zu beantworten weiß. ✕

Buchclub

Erstes Treffen: 28. April, 17:45 Uhr
Ort: Im Philosophikum, rechts neben dem Phil-Bistro die Treppe runter (in der „Phil-Wanne“)

Du hast Lust, Bücher zu lesen und über Politik, Gesellschaft und unsere Gegenwart ins Gespräch zu kommen? Dann komm zum neuen Buchclub! Die Idee ist recht simpel: Einmal im Monat lesen wir einen Roman und treffen uns, um darüber zu diskutieren - offen, entspannt und ohne Seminarstress. Im Mittelpunkt steht dabei vor allem der Austausch. Wir wollen gemeinsam über die Geschichten sprechen, Gedanken teilen, Fragen stellen und hören, welche Eindrücke andere beim Lesen hatten. Literatur kann viele Gespräche anstoßen und genau dafür soll der Buchclub Raum bieten.



Zum ersten Treffen lesen wir „Watermal“ von Necati Öziri. Öziri erzählt die Geschichte einer Familie - eines Sohnes, einer Mutter und einer Schwester - deren Leben stark von sozialen und politischen Umständen geprägt ist. Im Mittelpunkt steht dabei auch die Figur des abwesenden Vaters. Du musst das Buch nicht komplett gelesen haben; auch mit einzelnen Eindrücken oder einfach aus Neugier bist du herzlich willkommen. Der Buchclub soll ein offener Raum sein, in dem unterschiedliche Perspektiven zusammenkommen können. Wir freuen uns auf viele Mitlesende und spannende Gespräche! ✕

Warum ein Buchclub an der Uni?
Der politische Buchclub will dazu beitragen, die Uni als Ort kritischer Öffentlichkeit zu beleben und Räume für Austausch, Kritik und gemeinsame politische und kulturelle Praxis zu stärken. Gemeinsam zu lesen und über Literatur ins Gespräch zu kommen kann genau solche Räume schaffen. Für unterschiedliche Perspektiven, neue Gedanken und gemeinsame Diskussionen.

FESTIVAL CONTR LE RACISME

6 bis 9. Juli 202

Ein besonderes Anliegen ist uns als AStA die Bekämpfung von Rassismus in all seinen Formen. Dabei verstehen wir Rassismus nicht lediglich, als falsches Bewusstsein, was es nur zu verlernen gilt, sondern als komplexes gesellschaftliches Konstrukt, welches eng mit ökonomischen und historischen Faktoren verwoben ist und deren Überwindung auch, die materielle Umwälzung unserer Gesellschaft erfordert.

Seit 2004 wird an der Uni Köln das festival contre le racisme veranstaltet. Die Idee zum festival stammt vom französischen Dachverband der Studierenden (UNEF). Diese wurde 2003 vom freien Zusammenschluss von Student*innenschaften (fzs) aufgegriffen und an Hochschulen in Deutschland getragen.

Der AStA der Uni Köln hat sich hieran in der Vergangenheit beteiligt und damit ein breites Publikum erreicht. Hieran wollen wir anknüpfen, aber auch das Konzept des





6



Festivals weiterentwickeln. Neben Musik und Unterhaltung gehören für uns die Repolitisierung des Campus und eine tiefergehende Auseinandersetzung mit Rassismus, seinem Entstehen und seiner Bekämpfung an oberster Stelle. Auch in diesem Jahr erwarten die Studierenden Workshops, Vorträge und Kulturbeiträge. Zum Abschluss soll es wieder ein großes Open-Air-Konzert geben. In Zeiten des politischen und gesellschaftlichen Rechtsrucks wollen wir nicht nur das Bestehende erhalten, sondern auch für eine progressive Entwicklung, gegen Diskriminierung, Sozialabbau, Ausbeutung, Imperialismus und (Neo-)Kolonialismus streiten. Wir freuen uns auf diese kämpferische Veranstaltung an der Uni. Auf social Media (@astauzk) und auf der AStA-Webseite werden wir euch auf dem Laufenden halten. ✂



Kostenlose AStA-Museumsbesuche

Kunst, Kultur und Geschichte fördern kritisches Denken - und sollten für alle zugänglich sein, unabhängig vom Geldbeutel. Um einen Beitrag dazu zu leisten, organisiert der AStA der Universität zu Köln jedes Semester ein Museumsprogramm, bei dem die Führungen für Studierende der Universität zu Köln kostenlos sind. Die Führungen werden von Referent*innen der jeweiligen Museen gegeben und greifen Themen auf, die an der Uni häufig zu kurz kommen. Bitte meldet Euch über <https://www.asta.uni-koeln.de/museumsfuehrung> oder per E-Mail an museumsbesuche@asta.uni-koeln.de für die Führungen an. Über den Link findet Ihr auch weitere Informationen. Wir freuen uns auf Euch!

Von der Nagelbombe bis zum Mahnmal - Initiative Keupstraße ist überall 15.04. und 05.05., 18 - 20 Uhr

In unmittelbarer Nähe des rechtsextremistischen Nagelbombenanschlags in der Keupstraße am 9. Juni 2004 durch den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) schafft die Ausstellung „Von der Nagelbombe bis zum Mahnmal“ einen lebendigen Erinnerungsraum und einen Begegnungs- und Lernort aus der Perspektive der Betroffenen. Sie dokumentiert mit Objekten, Dokumenten und Filmen zum NSU den Anschlag, erzählt von den Geschichten der Menschen in der Keupstraße, vom Ankommen in Köln, sowie vom langen Ringen um Anerkennung und mahnt, rechtsextreme Gewalt nicht als singuläres Ereignis zu verstehen, sondern deren strukturelle und institutionelle Grundlagen zu hinterfragen.

Falls möglich, umfasst die Veranstaltung auch ein Gespräch mit Betroffenen des Anschlags und seinen Folgen.

Der Kölner Dom und "die Juden" - Kölner Dom

22.04., 16 - 17.30 Uhr

Im und am Kölner Dom lassen sich einige Kunstwerke entdecken, die den christlichen Blick auf das Judentum widerspiegeln. Mehrere unter ihnen zeugen, dabei von einer durch die Jahrhunderte ausgebildeten Judenfeindschaft der katholischen Kirche, die in ihrer Haltung erst durch das Zweite Vatikanische Konzil (1962-65) einen epochalen Wandel vollzog. Angesichts der Vertreibung der jüdischen Bevölkerung aus der Stadt Köln vor über 600 Jahren und des aktuell eskalierenden Weltgeschehens scheint es dringend geboten, sich mit den klischeehaften Vorstellungen und abwertenden Stereotypen, der im Lauf der Jahrhunderte geschaffenen Bildwerke auseinanderzusetzen.

Q'ARIWARMI: Indigene Perspektiven auf Queerness - Rautenstrauch-Joest-Museum 02.07., 19 - 20 Uhr

Welche Vorstellungen von Geschlecht und Identität existier(t)en in indigenen Gesellschaften - lange bevor koloniale Machtstrukturen sie verdrängten? Diese Führung lädt dazu ein, vielfältige historische und kulturelle Perspektiven auf Queerness kennenzulernen und die Auswirkungen der Kolonialisierung auf alternative Geschlechterbilder und queere Lebensweisen zu reflektieren.

Im Mittelpunkt stehen indigene Konzepte von Gemeinschaft, Spiritualität und Identität aus Südamerika, die häufig mehr als zwei Geschlechter kennen, wie das Konzept Q'ariwarmi (Quechua: "Mann-Frau"). Sie ermöglichen soziale Rollen jenseits westlicher Kategorien. Gemeinsam gehen wir der Frage nach, wie koloniale Gewalt, Missionierung und europäische Normvorstellungen zur Verfolgung und Marginalisierung dieser Identitäten beitrugen - und welche Spuren, Widerstände und Wiederaneignungen bis heute sichtbar sind.

Geheimtipp!

Alle Kölner*innen können jeden ersten Donnerstag im Monat fast alle Kölner Museen kostenlos besuchen.



NS-DOK, BESTAND TONI MERZENICH

Der Sportpark Müngersdorf und der Holocaust – Stadteinführung vom NS-Dokumentationszentrum

20.05., 17 – 19 Uhr

Der Kölner Sportpark, eingeweiht im September 1923, war bis zur Eröffnung des Berliner Olympiastadions 1936 die größte deutsche Sportanlage: Sportfeste und Fußball-Länderspiele mit zehntausenden Besucher*innen dienten in der NS-Zeit Propagandazwecken, jüdische Vereinsmitglieder wurden dabei systematisch ausgegrenzt. 1941 richteten die NS-Machthaber*innen nur wenige hundert Meter nördlich des Sportparks einen Lagerkomplex ein. Hier wurden Tausende als jüdisch verfolgte Kölner*innen unter schrecklichen Bedingungen interniert – vor den anschließenden Deportationen in die Ghettos und Vernichtungslager. Heute erinnert ein Mahnmal an das Lager. Diskussionen um Namensgebungen von Sportanlagen und Straßen verdeutlichen aber noch immer den schwierigen Umgang mit der Geschichte. Die Führung lädt dazu ein, mehr über die Geschichte des Kölner Sportparks und seine Nähe zu Verfolgung und Verbrechen zu erfahren.

Käthe Kollwitz und Fragen von Krieg, Arbeiter*innenschaft und Frauenrechten – Käthe Kollwitz Museum

09.06. und 09.07., 17 – 19 Uhr

Käthe Kollwitz war eine deutsche Künstlerin, die mit eindringlichen Grafiken und Skulpturen vor allem das Leid von Krieg, Armut und sozialer Ungerechtigkeit darstellte. Ihre Werke sind geprägt von Mitgefühl und gesellschaftskritischem Engagement und zählen zu den bedeutendsten Beiträgen der modernen Kunst in Deutschland. Das Käthe Kollwitz Museum in Köln besitzt die weltweit umfangreichste Sammlung ihres Schaffens und hebt bewusst ihre Sicht als Frau und Künstlerin hervor. Darstellungen von Wohnungsnot, schlechten Arbeitsbedingungen oder den Folgen von Krieg und Gewalt unterstreichen die ungebrochene Aktualität ihres Schaffens.

Die Veranstaltung besteht aus einer Führung im Museum und einem anschließenden Druck-Workshop in der Werkstatt, indem Ihr die Möglichkeit habt, mit Styreneplatten eigene (politische) Slogans und Motive zu drucken.



© KÄTHE KOLLWITZ MUSEUM KÖLN 2026

Die autonomen Referate

AQUK - das autonome Queerreferat der Uni Köln

Das AQUK ist die Interessensvertretung und Austauschplattform für LGBTIQ*-Studierende an der UzK. Wir setzen uns für uneingeschränkte Vielfalt und die Akzeptanz von queeren Studis an der Uni ein. Unsere Kernpunkte sind dabei Socializing, Repräsentation und Aufklärung. Wir treffen uns regelmäßig im Rahmen unserer Offenen Abende, bei denen wir organisatorische oder inhaltlich relevante Themen im Plenum besprechen und uns anschließend bei einem gemütlichen Kaltgetränk austauschen. Aktuelle Infos zu unseren Treffen findet ihr auf unseren Kanälen.

Neben den regelmäßigen Treffen veranstalten wir während des Semesters diverse Events. Zwei Klassiker im Semester sind unser berühmter Szenebummel, bei dem wir zusammen mit dem LGBT*-Referat der TH Köln die wichtigsten Plätze der Kölner Szene besuchen und die legendäre Rosa Fete – die älteste queere Studiparty Kölns – welche nun in ihr 5tes Jahrzehnt startet!

Wir organisieren jedes Semester Workshops und Vorträge zu queeren Themen. Dabei versuchen wir stets auf aktuelle politische Geschehnisse einzugehen und euch mit interessanten Gesprächspartner*innen in Kontakt zu bringen – und natürlich gehen wir auch beim größten CSD Deutschlands mit!

Ein wichtiger Schwerpunkt unserer Arbeit ist Aufklärung. Dafür haben wir unter anderem eine kleine Bibliothek aufgebaut. Hier könnt ihr euch Bücher und Filme zu LGBTIQ*-Themen ausleihen. Ganz besonders am Herzen liegt uns die Vernetzung mit anderen Referaten und Gruppen an der Universität zu Köln, um verschiedene Perspektiven in unsere Arbeit zu integrieren. Auch die Wissensweitergabe an die Fachschaften ist uns ein wichtiges Thema. Über neue Gesichter freuen wir uns immer sehr! Um euch die Angst vor dem „Ersten Mal“ zu nehmen, bieten wir ein Buddy-Programm an. Wenn ihr euch bei uns meldet, wird ein AQUK-Mitglied zu euch Kontakt aufnehmen und mit euch gemeinsam zu Veranstaltungen von uns gehen – dann kennt ihr dort schon jemanden!

Ihr erreicht uns unter der Mailadresse queerreferatuniko-eln@gmail.com, auf Instagram unter [@das_aquk](https://www.instagram.com/das_aquk) oder findet uns auf unserer Homepage aquk.uni-koeln.de. Wir freuen uns auf euch!

Autonomes Referat Studieren mit Kind

Das Autonome Referat Studieren mit Kind ist eine selbst verwaltete Interessensvertretung für alle, die während des Studiums Verantwortung für ein Kind übernehmen. Als solche verstehen wir uns als Vermittler:Innen zwischen studierenden Eltern und der Universität. In öffentlichen Veranstaltungen an der Hochschule wollen wir nicht nur familien- und geschlechterpolitische Fragen diskutieren, sondern auch praktische Tipps zum Studieren mit Kind bieten. Letztlich möchten wir die Vernetzung der Studierenden mit Kind voranbringen, Elterncafés, Lernsamstage und selbst organisierte Betreuung (z.B. während Prüfungsphasen) initiieren.

Unsere regulären Treffen sind einmal im Monat und stehen allen offen, die sich einbringen wollen.

Ihr findet uns im Philosophikum, im Erdgeschoss direkt neben dem AstA-Servicepoint.



ANTIFA AK

Den ANTIFA AK gibt es seit nunmehr 20 Jahren an der Universität. Gegründet haben wir uns, um gegen neonazistische Aktivitäten an der Uni vorzugehen. Im Laufe dieser 20 Jahre können wir auf einige Erfolge zurückblicken: Mit Aktionen gegen Burschenschaften, Nazis, AfD & Co. konnten wir effektiv verhindern, dass extrem rechte Positionen an der Uni Einfluss gewinnen. Doch der aktuelle gesellschaftliche Rechtsruck macht nicht vor den Universitäten halt. Es ist ein Problem, das sich überall auftut - deshalb sind auch wir immer dort anzutreffen, wo dieser versucht, Fuß zu fassen. Wir betrachten dies als die beste Prävention gegen Nazis an der Uni.

Wir haben beispielsweise, nachdem es mehreren Anschlägen in Solingen und Köln-Mülheim gab, gemeinsam mit anderen Kölner*innen einen offenen Brief verfasst, in dem wir die lückenlose Aufklärung und Unterstützung der Betroffenen fordern. Diesen könnt ihr unter herkesinmeydani.org nachlesen. Wir wollen antifaschistische Themen und Inhalte an die Uni bringen. Unter anderem deshalb organisieren wir am Anfang eines jeden Sommersemesters einen „Ersti-Tag“. Mit spannenden Vorträgen, Workshops und Diskussionen könnt ihr dort mit uns ins Gespräch kommen. Wir haben euch neugierig gemacht? Schaut doch mal vorbei



AUTONOMES REFERAT
STUDIERENDE MIT KIND

ANTIFA AK COLOGNE

RADICAL LEFT

SoS - Studieren ohne Schranken

Was ist das SoS? Studieren ohne Schranken, kurz SoS, ist ein autonomes Referat des AStA der Uni Köln. Es setzt sich für Studierende mit Behinderungen, chronischen und psychischen Erkrankungen sowie Neurodivergenz ein. Das SoS besteht aus Studierenden, die selbst betroffen sind. Wir möchten offenen Austausch und gegenseitige Unterstützung möglich machen und fördern, deswegen schaffen wir Begegnungsräume in Form von Austauschtreffen, Veranstaltungen und Aktionen. Als Betroffene beraten und unterstützen wir Studierende auf Augenhöhe - von Studi zu Studi - rund um die Themen Barrieren, Inklusion und Studium. Abgesehen davon engagieren wir uns hochschulpolitisch. Du hast Lust auf Austausch oder möchtest dich hochschulpolitisch engagieren? Dann komm zu unserem offenen Austauschtreffen oder zu den themenspezifischen Austauschangeboten zu psychischen Erkrankungen, chronischen Erkrankungen oder Autismus und ADHS. Mehr Infos findest du auf unserer Webseite (<https://sos-referat.uni-koeln.de/>) oder auf Insta (@studieren_ohne_schranken). Schreib uns gerne, wenn du Fragen hast! :)



Autonomes feministisches Referat für FLINTA*

Das Autonome feministische Referat beschäftigt sich schwerpunktmäßig damit, ein inklusives und respektvolles Umfeld zu schaffen, in dem alle Menschen, unabhängig von Geschlecht und weiteren Macht- und Ungleichheitsverhältnissen, gleiche Rechte und Chancen haben. Dabei wird sich besonders für folgende Themen eingesetzt: People of Color Empowerment, Critical Whiteness, Intersektionalität mit Schwerpunkt auf feministischen Jüdinnen, Klassenunterdrückung und Schwarzer Feminismus, Sexarbeit, Sexualität, Sexismus in der „linken Szene“. Dabei organisieren sie diverse Veranstaltungen, wie zum Beispiel Workshops, Seminare, Podiumsdiskussionen und Ausstellungen, machen Sticker, organisieren Informationsstände und gehen auf Demos mit.

Autonomes Referat für antiklassisches Empowerment

Wir sind fake und engagieren uns als politisch selbstorganisierte Gruppe gegen Klassismus und für Chancengleichheit. Klassismus ist die Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer sozialen Herkunft, was gerade für Studierende aus nicht-akademischen Familien große Herausforderungen mit sich bringt, wie geringe finanzielle Ressourcen oder eingeschränkter Zugang zu Bildungsmöglichkeiten und Netzwerken. fake bietet eine Vielzahl von Angeboten, darunter Vorträge, Workshops und Beratungen, um Studierende zu unterstützen und zu stärken.

Unsere antiklassistische Bibliothek und regelmäßige Veranstaltungen fördern den offenen Austausch und das gegenseitige Empowerment. Ziel ist es, eine gerechtere Hochschullandschaft zu schaffen, in der alle Studierenden gleiche Chancen haben. Alle Studierenden erster Generation sind herzlich willkommen, mit eigenen Ideen und Vorschlägen mitzuwirken oder einfach nur an unseren Get-together in einem Safer Space teilzunehmen. Infos zu unseren Veranstaltungen und regelmäßigen Treffen findet ihr auf Instagram!



Autonomes Referat für Black, Indigenous, People of Color (BIPOC)

Wir, das Autonome BIPOC-Referat, setzen uns für Studierende ein, die von Rassismus betroffen sind und versuchen dabei, intersektional zu arbeiten. Wir machen Perspektiven von BIPOC-Studierenden sichtbar und sagen so den kolonialrassistischen Strukturen der Universität und darüber hinaus den Kampf an.

In diesem Rahmen haben wir unter anderem eine studentische, selbstorganisierte Melde- und Dokumentationsstelle für Diskriminierungsfälle mit Bezug zu Rassismus ins Leben gerufen, um auf eine Leerstelle in den Strukturen der Universität aufmerksam zu machen.

Außerdem verstehen wir uns als sicherer Raum für BIPOC-Studierende. Unser Lesekreis, regelmäßige Get-Together und der Safer Space für Studierende, die von antimuslimischem Rassismus betroffen sind – um nur einige zu nennen – sind für uns Räume, in denen wir uns von rassistischer Gewalt erholen und gemeinsam heilen. Diese Community Care ist Teil unseres transformativen Aktivismus, durch welchen wir neue Strukturen schaffen, die sich ausschließlich nach unseren Bedürfnissen richten.





AStA Service-Angebote

AStA-Servicepoint

Der Servicepoint befindet sich im Erdgeschoss des Philosophikums. Er ist die Anlaufstelle für alle Belange rund um den AStA und außerdem der Standort von "Edelgard schützt", eine Präventionskampagne der Kölner Initiative gegen sexualisierte Gewalt.

Öffnungszeiten: asta.uni-koeln.de

Mail: servicepoint@asta.uni-koeln.de

Telefon: 0221 470 2993

AStA-Fahrradwerkstatt

In der Fahrradwerkstatt kannst du den kostenlosen Reparaturservice in Anspruch nehmen. Gänge Ersatzteile sind dabei zu studi-freundlichen Preisen erhältlich. Die Werkstatt befindet sich in der Fahrradgarage neben dem Hörsaalgebäude auf dem Albertus-Magnus-Platz.

Öffnungszeiten: asta.uni-koeln.de

Laptop- und Werkzeugverleih

Falls dein Notebook den Geist aufgegeben hat oder du in der WG ein neues Regal aufhängen möchtest, kannst du dir solche Geräte im Servicepoint ausleihen.

Rechts- und Mietrechtsberatung

Du möchtest oder musst den Rechtsweg einschlagen? Die Rechts- und Mietrechtsberatung steht dir kostenlos zur Verfügung. Termine kannst du beim AStA-Servicepoint vereinbaren.

BAFöG- und Sozialberatung

Die Beratungsstelle bietet Unterstützung beim Ausfüllen von BAFöG-Anträgen. Zudem berät sie auch Studierende, die unabhängig vom BAFöG in einer schwierigen finanziellen oder sozialen Situation sind. Die Beratungsstelle befindet sich im EG der Mensa Zülpicher Straße.

Öffnungszeiten: asta.uni-koeln.de

Mail: beratung@asta.uni-koeln.de

Kontaktformular

Schon wieder keinen Platz im Seminar bekommen? Keine barrierefreie Toilette im Gebäude? Der Prof vergreift sich regelmäßig im Ton? Prüfungsrecht gilt mal wieder nicht für die Person am anderen Ende des Rotstifts?

Wenn du solche Probleme bemerkst, melde dich per Kontaktformular bei uns. Den Melder findest du direkt auf der ersten Seite unter asta.uni-koeln.de

Food_fair

Wir retten Lebensmittel, die aufgrund von Überschreitungen des Mindesthaltbarkeitsdatums nicht mehr verkauft werden dürfen, aber noch genießbar sind. Die Anmeldung ist über asta.uni-koeln.de möglich.

Hochschulsport

Du willst tauchen, beim Eishockey Gegenspieler*innen in die Bande fahren oder einen Segelflieger steuern? Dann schau doch mal beim riesigen Angebot es Hochschulsports vorbei!

Öffnungszeiten & Kursangebote:
hochschulsport-koeln.de

AStA-Sekretariat

Das AStA-Sekretariat nimmt Anfragen an den AStA an und leitet diese an die zuständigen Stellen weiter. Es befindet sich in den Räumlichkeiten des AStAs in der Universitätsstraße 16, 1. OG.

Öffnungszeiten: asta.uni-koeln.de
Mail: sekretariat@asta.uni-koeln.de
Telefon: 0221 470 76828

Impressum

Herausgeber

AStA der Universität zu Köln
V. i.S.d.P.: Frederick Heinz
c/o AStA der Universität zu Köln
Universitätsstraße 16, 50937 Köln

Internet

asta.uni-koeln.de
[@astauzk](https://www.instagram.com/astauzk)

Konzeption

Rasmus Metzger, Senta Pineau

Redaktion

Philipp Bönninghaus, Stefan Brackertz, Peter Förster, Bozhidar Gushterov, Frederick Heinz, Lisa Karsten, Adrian Moser, Noah Ojiako, Lars Pieper, Senta Pineau, Christian Köhler Pinzón, Tom Rademacher, Thilo Schmidt, Jasmin Yildirim, David Urbany

Lektorat

Jasmin Yildirim, Noah Ojiako, Thilo Schmidt

Layout

Rasmus Metzger

Druck

Hundt Druck GmbH
Köln, April 2026
Auflage 1

VDS-Beschluß: Regierung der USA ist verbrecherisch

Große Mehrheit auf Studententagung

Von unserem Redakteur Gerhard Fauth

München — Als „Verbrecher am Volk Vietnams und in ihrem eigenen Volk“ wird die US-Regierung in einem Beschluß bezeichnet, den gestern am späten Abend die in München tagende Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) mit der überwältigenden Mehrheit von 240 Ja-Stimmen bei nur sieben Gegenstimmen und 72 Enthaltungen faßte. Gefordert wird der sofortige Abzug der US-Truppen aus Vietnam.

Als „gläubwürdige Vertretung der Interessen des vietnamesischen Volkes südlich der Demarkationslinie“ bezeichnet der Beschluß die südvietnamesische Befreiungsfront (NL (Vietkong)). Der Antrag von der Landesvertretung aller wissenschaftlichen Hochschulen West-Berlins gestellt worden. Bundestag und Bundesregierung werden aufgefordert, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß den Deserteuren der US-Armee politisches Asyl in der Bundesrepublik gewährt werden kann. Die bisher übliche Auslieferung solcher Deserteure an die USA wird als Verletzung des Grundgesetzes bezeichnet.

Diesen ergänzenden Appell an die Bundesregierung hatte der Vorstand des Kölner ASTA, Klaus Laepple, eingebracht.

Der Beschluß des VDS gipfelt in der Forderung an die Studentenschaften aller westdeutschen und West-Berliner Hochschulen, Widerstand in gewaltloser Form gegen deutsche und amerikanische Firmen zu organisieren, die Kriegsmaterial für Vietnam herstellen, und Protestaktionen in allen Großstädten heranzuführen. Deserteuren der US-Armee soll durch Beschaffung von Unterkünten und auf finanzielle Weise geholfen werden. Die Produktion von Kriegsmaterial durch deutsche und amerikanische Firmen für Vietnam wird als Beihilfe zum Völkermord bezeichnet.

Die Offensive des Vietkong hält an

Amerikaner erobern Provinzstadt zurück

Saigon (dpa) — Der amerikanische US-Truppen haben gestern in Nordvietnam eine schwere Niederlage erlitten. Im Mekong-Delta gelang es der Stadt Quan Long zurückzuerobert. Der Vietkong verlor auch ein Lager der Amerikaner. 27 Mann in der Nacht des vergangenen Freitag in die Provinzstadt zurückgefallen. Die schwersten Angriffe erlebte die Provinzhauptstadt Ca Mau (Mekong-Delta) in der Provinz Kien Giang. In einem Krankenhaus und etwa 1000 Häuser zerstört worden sein.

Einig über die Antwort auf den Bundesschweh-Einsatz

in Westdeutschland möglichst geringfügig

Berlin (dpa) — In der Bundesregierung ist Einigkeit über die Antwort auf den Bundesschweh-Einsatz in Westdeutschland erzielt worden. Die Bundesregierung wird am 30. Januar zum Thema „Gewaltenteilung“ eine Note an die DDR übermitteln. Die Regierungssprecherin Abers sagte, die Bundesregierung werde die DDR mit der Bitte um eine möglichst geringfügige Antwort auf den Bundesschweh-Einsatz beauftragen. Die DDR solle die Bundesregierung über die Modalitäten des Einsatzes informieren. Die Bundesregierung werde die DDR mit der Bitte um eine möglichst geringfügige Antwort auf den Bundesschweh-Einsatz beauftragen.

Die einseitige Abschließung des Bonner Grundrechte Ministerbesprechungen mit der DDR, die am 27. Januar in Bonn beendet wurden, ist ein Zeichen für die Absicht der Bundesregierung, die DDR mit der Bitte um eine möglichst geringfügige Antwort auf den Bundesschweh-Einsatz beauftragen. Die Bundesregierung werde die DDR mit der Bitte um eine möglichst geringfügige Antwort auf den Bundesschweh-Einsatz beauftragen.

CDU/CSU und SPD haben sich außerdem bei einem Koalitionsgespräch über die Modalitäten für einen Zeitungsaustausch mit der DDR geeinigt. Nach zuverlässigen Informationen wurde vereinbart, daß zunächst vom 1. Juli bis zum 31. Dezember dieses Jahres Zeitungen und laufende Druckschriften aus der DDR in der Bundesrepublik zugelassen werden sollen, ohne daß dabei auf Gegenseitigkeit bestanden wird.

„Koalition soll sich nicht drücken“

DvK Bonn — Die Regierung der großen Koalition soll sich nicht vor der Fortsetzung der mittelfristigen Finanzplanung für die siebziger Jahre drücken. Sie muß bei den Haushaltsberatungen in diesem Sommer deshalb auch bereits die Weichen für die Schwerpunkte im Jahr 1972 stellen und darf sich nicht nur mit dem Ausgleich für 1969 begnügen.

Diese Forderungen haben jetzt Bonner Finanz- und Haushaltsexperten am Vorabend neuer parlamentarischer Beratungen über die drohenden Defizite für die Jahre 1969 und 1970 geäußert.

Die Bombe in Nord-Vietnam

Berlin (dpa) — Die Einstellung der Bombardierung Nord-Vietnams durch die Bundesregierung ist ein Zeichen für die Absicht der Bundesregierung, die DDR mit der Bitte um eine möglichst geringfügige Antwort auf den Bundesschweh-Einsatz beauftragen. Die Bundesregierung werde die DDR mit der Bitte um eine möglichst geringfügige Antwort auf den Bundesschweh-Einsatz beauftragen.

Diese Studenten Bonner Regierung

Notstandsdebatte in Köln: Ist Bundesgesetzgebung

Von unserem Redakteur Lothar Labusch

Köln — Die Kommissionen gehen zu Boden. Der Vorsitzende hat sie ermuntert, sich hinzusetzen. „Wir haben nur ein Mikrofon, und wir können Sie nicht hören, und Sie können die Redner nicht sehen.“

Der Hörsaal A der Kölner Universität ist überfüllt. Tausende Studenten informieren sich über die Notstandsdebatte. Die Diskussion ist lebhaft. Es geht um Artikel 90, Absatz 3 zum Beispiel. Es geht um die Demokratie.

Die Gegner der Notstandsdebatte sind fast unter sich. Zwei Herren des Bundesinnenministeriums, die die Regierungspunkte in der Notstandsdebatte sagten, sagten ab Rudolf Augstein, Herausgeber des „Spiegel“, der der Diskussion sicher die Würde des Unkonventionellen gegeben hätte. Die Diskussion ist lebhaft. Es geht um Artikel 90, Absatz 3 zum Beispiel. Es geht um die Demokratie.

Alle sind Diskussionsredner. Mitglied des Bonner RCDS (Ring Christlich Demokratischer Studenten), einen Redner vorliest und die Demagogen bezeichnet, findet er zunächst Wohlwollen. Aber seine Argumente stimmen nicht. Nun klappt das Auditorium um, und ein Mitglied des Liberalen Studentenbundes (LSB) Deutschland (LSB) führt die Niederlage gegenüber dem Quinzeim-Hörsaal. „Man kann Herrn Rasorius keinen Vorwurf machen“, sagt er. „Er ist ein Opfer der Verschleierungstaktik seiner eigenen Partei.“

Der Angriff gegen die Verschleierungstaktik spielt hier eine große Rolle. Offendliche Versuche, bei den eigenen Parteimitgliedern und bei den anderen Studenten, die politischen und rechtsstaatlichen Sicherungen in der Notstandsdebatte zu gefährden, sind verboten. Die Kommissionen gehen zu Boden. Der Vorsitzende hat sie ermuntert, sich hinzusetzen. „Wir haben nur ein Mikrofon, und wir können Sie nicht hören, und Sie können die Redner nicht sehen.“

Die Studenten in diesem Hörsaal schreien das und ein anderes Referat, in dem der Klassencharakter der Notstandsdebatte diskutiert wird. Die Kommissionen gehen zu Boden. Der Vorsitzende hat sie ermuntert, sich hinzusetzen. „Wir haben nur ein Mikrofon, und wir können Sie nicht hören, und Sie können die Redner nicht sehen.“

Der Angriff gegen die Verschleierungstaktik spielt hier eine große Rolle. Offendliche Versuche, bei den eigenen Parteimitgliedern und bei den anderen Studenten, die politischen und rechtsstaatlichen Sicherungen in der Notstandsdebatte zu gefährden, sind verboten. Die Kommissionen gehen zu Boden. Der Vorsitzende hat sie ermuntert, sich hinzusetzen. „Wir haben nur ein Mikrofon, und wir können Sie nicht hören, und Sie können die Redner nicht sehen.“

Die Studenten in diesem Hörsaal schreien das und ein anderes Referat, in dem der Klassencharakter der Notstandsdebatte diskutiert wird. Die Kommissionen gehen zu Boden. Der Vorsitzende hat sie ermuntert, sich hinzusetzen. „Wir haben nur ein Mikrofon, und wir können Sie nicht hören, und Sie können die Redner nicht sehen.“

Der Angriff gegen die Verschleierungstaktik spielt hier eine große Rolle. Offendliche Versuche, bei den eigenen Parteimitgliedern und bei den anderen Studenten, die politischen und rechtsstaatlichen Sicherungen in der Notstandsdebatte zu gefährden, sind verboten. Die Kommissionen gehen zu Boden. Der Vorsitzende hat sie ermuntert, sich hinzusetzen. „Wir haben nur ein Mikrofon, und wir können Sie nicht hören, und Sie können die Redner nicht sehen.“

Die Studenten in diesem Hörsaal schreien das und ein anderes Referat, in dem der Klassencharakter der Notstandsdebatte diskutiert wird. Die Kommissionen gehen zu Boden. Der Vorsitzende hat sie ermuntert, sich hinzusetzen. „Wir haben nur ein Mikrofon, und wir können Sie nicht hören, und Sie können die Redner nicht sehen.“

Der Angriff gegen die Verschleierungstaktik spielt hier eine große Rolle. Offendliche Versuche, bei den eigenen Parteimitgliedern und bei den anderen Studenten, die politischen und rechtsstaatlichen Sicherungen in der Notstandsdebatte zu gefährden, sind verboten. Die Kommissionen gehen zu Boden. Der Vorsitzende hat sie ermuntert, sich hinzusetzen. „Wir haben nur ein Mikrofon, und wir können Sie nicht hören, und Sie können die Redner nicht sehen.“

Die Studenten in diesem Hörsaal schreien das und ein anderes Referat, in dem der Klassencharakter der Notstandsdebatte diskutiert wird. Die Kommissionen gehen zu Boden. Der Vorsitzende hat sie ermuntert, sich hinzusetzen. „Wir haben nur ein Mikrofon, und wir können Sie nicht hören, und Sie können die Redner nicht sehen.“

Studenten mit dem Arbeiter

Das gab's in der Bundesrepublik noch nicht: In Köln werden Arbeiter und Studenten gemeinsam protestieren

Kurzarbeit bei Ford. Dagegen gerichtete Kundgebung soll nur der einer Entwicklung sein, Interessen gemeinsam zu verteidigen.

Zum Protest aufgerufen von der IG Metall und der Arbeiter Studentenausschuss der Universität. Er findet am 5. März, 18 Uhr, im Hörsaal der Universität statt. Der Rektor der Universität hat den Raum bereits freigegeben. Der SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenrat) führt die Kundgebung.

Über die Kundgebung

Studenten diskutieren in der Universität weitere Aktionen

Studenten diskutieren in der Universität weitere Aktionen

Studenten diskutieren in der Universität weitere Aktionen

Studenten diskutieren in der Universität weitere Aktionen

Studenten diskutieren in der Universität weitere Aktionen

Studenten diskutieren in der Universität weitere Aktionen

Studenten diskutieren in der Universität weitere Aktionen

Kst München — „Wir werden immer haben“

„Wir werden immer haben“, verkündete gestern der SPD-Vizepräsident Roland aus Hamburg, der neugewählte Vorsitzende des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) in München, der christlichen Verbände der Bundesrepublik als bisher größter Erfolg für eine neue Phase angesehen wird.

Die SPD-Vizepräsident Roland aus Hamburg, der neugewählte Vorsitzende des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) in München, der christlichen Verbände der Bundesrepublik als bisher größter Erfolg für eine neue Phase angesehen wird.

Die SPD-Vizepräsident Roland aus Hamburg, der neugewählte Vorsitzende des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) in München, der christlichen Verbände der Bundesrepublik als bisher größter Erfolg für eine neue Phase angesehen wird.

Die SPD-Vizepräsident Roland aus Hamburg, der neugewählte Vorsitzende des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) in München, der christlichen Verbände der Bundesrepublik als bisher größter Erfolg für eine neue Phase angesehen wird.

Die SPD-Vizepräsident Roland aus Hamburg, der neugewählte Vorsitzende des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) in München, der christlichen Verbände der Bundesrepublik als bisher größter Erfolg für eine neue Phase angesehen wird.

asta.uni-koeln.de

astauzk



Über 1000 Studenten folgten mit Spannung der Debatte über die Notstandsdebatte. Die Diskussion ist lebhaft. Es geht um Artikel 90, Absatz 3 zum Beispiel. Es geht um die Demokratie.



1200 Studenten diskutierten Hintergründe und Folgen des Attentats auf Rudi Dutschke.

Aufklärung statt Gewalt

Studenten und Professoren gehören jetzt zusammen

Person nannte die Marschrichtung. Drei Punkte, meinte er, seien nach den Vorkommnissen der letzten Tage zu diskutieren: ● Wer hat auf Rudi Dutschke geschossen? ● Gingen die Demonstrationen über das zulässige Maß hinaus? ● Welche Möglichkeiten bleiben den Studenten, die Springerkraft zu beschneiden? Doch zunächst einmal gab es Beifall für Magnifizenz. Professor Fellerer hatte in der ersten Reihe Platz genommen. Er sprach durch ein Mikrofon, um eine Erklärung der Landesrektorenkonferenz vorzulesen. Darin hieß es, die Rektoren der rhein-westfälischen Hochschulen zur Freiheit der politischen Meinungsäußerung für jeden bekannt. Die Studenten aber dankten ihm vor allem eine persönliche Anerkennung. Die Vorfälle der letzten Tage bedingten die Zusammenkunft von Studenten und Professoren.

Die SPD-Vizepräsident Roland aus Hamburg, der neugewählte Vorsitzende des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) in München, der christlichen Verbände der Bundesrepublik als bisher größter Erfolg für eine neue Phase angesehen wird.